

Beteiligentransparenzdokumentation

Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes

Einbringer: **Fraktion DIE LINKE**
 Fraktion der SPD
 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drucksache 7/7463)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 06. Juni 2023

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

**der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Sinnesbe- hindertengeldgesetzes

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Nach § 1 Abs. 1 des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes (Thür-SinnbGG) in der Fassung vom 7. Oktober 2010 (GVBl. S. 319), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. Februar 2023 (GVBl. S. 28), erhalten Menschen mit Sinnesbehinderungen zum Ausgleich ihrer durch die Sinnesbehinderungen bedingten Mehraufwendungen Sinnesbehindertengeld ohne Anrechnung von Einkommen und Vermögen. Sinnesbehindert im Sinne des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes sind blinde, gehörlose und taubblinde Menschen (§ 1 Abs. 4 Thür-SinnbGG). Zweck der nach dem Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetz gewährten finanziellen Leistungen ist es, einen Beitrag zum Ausgleich der mit einer Sinnesbehinderung einhergehenden Nachteile zu leisten und damit die Teilhabe von sinnesbehinderten Menschen am Leben in der Gemeinschaft zu fördern.

Das Sinnesbehindertengeld für blinde Menschen wurde zuletzt mit Wirkung vom 1. Juli 2018 auf einen monatlichen Betrag in Höhe von 400 Euro erhöht. Der vorgenannte Betrag entsprach dem damaligen Durchschnittswert, der sich bei der Bildung des Durchschnitts aus vergleichbaren Leistungen der Länder ergab. Ein finanzieller Nachteilsausgleich für gehörlose Menschen in Höhe von 100 Euro monatlich wurde mit Wirkung vom 1. Juli 2017 erstmals eingeführt. Taubblinde Menschen erhalten Sinnesbehindertengeld, welches dem Betrag des Nachteilsausgleichs für blinde Menschen entspricht, sowie zusätzlich einen Betrag in Höhe von 100 Euro, insgesamt also 500 Euro monatlich.

Der aktuelle Durchschnittswert, der sich aus den Beträgen vergleichbarer Nachteilsausgleiche der Länder für blinde Menschen ergibt, liegt bei 472 Euro.

Da die behinderungsbedingten Mehraufwendungen infolge der Inflationsentwicklung ebenfalls gestiegen sind, ist es geboten, die Beträge der jeweiligen Nachteilsausgleiche zu erhöhen, um weiterhin die Teilhabe sinnesbehinderter Menschen am Leben in der Gemeinschaft sicherzustellen.

B. Lösung

Erlass eines Änderungsgesetzes

Vorabdruck verteilt am 8. März 2023

Druck: Thüringer Landtag, 20. März 2023

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die geplante Erhöhung des Sinnesbehindertengeldes für blinde, gehörlose und taubblinde Menschen wird zu einer jährlichen Mehrbelastung von etwa 2.500.000 Euro führen.

Die Zweckausgaben für das Jahr 2023 sowie für die Folgejahre (Kapitel 08 11, Titel 681 12) wurden entsprechend auf 16.175.000 Euro erhöht.

Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetz in der Fassung vom 7. Oktober 2010 (GVBl. S. 319), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. Februar 2023 (GVBl. S. 28), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:

"Blinde Menschen erhalten ein Sinnesbehindertengeld in Höhe von 472 Euro monatlich."

bb) In Satz 2 werden die Worte "erhöhen sich die Beträge nach Satz 1 um jeweils 100 Euro" durch die Worte "erhöht sich der Betrag um 136 Euro" ersetzt.

b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Gehörlose Menschen erhalten ein Sinnesbehindertengeld in Höhe von 136 Euro monatlich."

c) Absatz 3 Satz 1 erhält folgende Fassung:

"Blinde oder gehörlose Menschen, die in einer stationären Einrichtung leben, erhalten abweichend von den Absätzen 1 und 2 Sinnesbehindertengeld in Höhe von 107,62 Euro monatlich."

d) Absatz 4 Satz 1 erhält folgende Fassung:

"Blinde oder gehörlose Menschen, die eine Freiheitsstrafe verbüßen, in Sicherungsverwahrung oder aufgrund strafgerichtlichen Urteils in einem psychiatrischen Krankenhaus, einer Entziehungsanstalt oder einer sozialtherapeutischen Anstalt untergebracht sind, erhalten abweichend von den Absätzen 1 und 2 Sinnesbehindertengeld in Höhe von 107,62 Euro monatlich."

2. § 4 Abs. 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 erhält folgende Fassung:

"1. bei dem Pflegegrad 2 215,23 Euro oder"

b) Nummer 2 erhält folgende Fassung:

"2. bei den Pflegegraden 3 bis 5 jeweils 150,45 Euro"

3. In § 11 Abs. 1 Satz 2 wird die Verweisung "§ 2 Abs. 3 Satz 1" durch die Verweisung "§ 2 Abs. 1 Satz 2" ersetzt.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 2023 in Kraft.

Begründung:**A. Allgemeines**

Aufgrund des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes in der Fassung vom 7. Oktober 2010 (GVBl. S. 319), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. Februar 2023 (GVBl. S. 28), gewährt das Land blinden, gehörlosen und taubblinden Menschen unabhängig von ihrem Einkommen oder Vermögen ein Sinnesbehindertengeld. Bei dieser Leistung handelt es sich um einen Pauschalbetrag zur Deckung des durch die jeweilige Sinnesbehinderung bedingten Mehraufwands. Ein Nachweis des konkreten behinderungsbedingten Mehraufwands ist keine Leistungsvoraussetzung. Ebenso müssen Betroffene keinen Nachweis über die zweckentsprechende Verwendung der Geldleistungen führen.

Die Höhe des Nachteilsausgleichs für blinde Menschen beträgt seit dem 1. Juli 2018 400 Euro monatlich. Taubblinde Menschen erhalten darüber hinaus einen zusätzlichen Betrag in Höhe von 100 Euro monatlich. Gehörlose Menschen erhalten seit dem 1. Juli 2017 einen Nachteilsausgleich in Höhe von 100 Euro monatlich.

Mit dem vorliegenden Änderungsgesetz werden die Beträge der jeweiligen Nachteilsausgleiche erhöht, um weiterhin die Teilhabe sinnesbehinderter Menschen am Leben in der Gemeinschaft sicherzustellen. Der Nachteilsausgleich für blinde Menschen soll um 72 Euro auf 472 Euro erhöht werden. Der Nachteilsausgleich für taubblinde Menschen soll um insgesamt 108 Euro auf insgesamt 608 Euro erhöht werden. Der Nachteilsausgleich für gehörlose Menschen soll um 36 Euro auf 136 Euro erhöht werden.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen**Zu Artikel 1**

Zu Nummer 1:

Zu Buchstabe a Doppelbuchst. aa:

Der monatliche Betrag des Sinnesbehindertengeldes für blinde Menschen soll auf den Betrag angehoben werden, welcher dem Durchschnitt aus vergleichbaren Leistungen der Länder entspricht, und zukünftig 472 Euro betragen. Zugleich wird die Struktur des Satzes 1 redaktionell bereinigt, da die Nummern 1 und 2, mit denen in den Jahren 2017 und 2018 eine stufenweise Erhöhung des Nachteilsausgleichs bewirkt wurde, wegen Zeitablaufs gegenstandslos geworden sind.

Zu Buchstabe a Doppelbuchst. bb:

Der Betrag des Sinnesbehindertengeldes für taubblinde Menschen ergibt sich weiterhin aus der Summe des Betrags für blinde Menschen und eines Erhöhungsbetrags. Dieser Erhöhungsbetrag steigt von bisher 100 Euro auf künftig 136 Euro. Der monatliche Betrag des Nachteilsausgleichs für taubblinde Menschen steigt somit von bisher 500 Euro (400 + 100 Euro) auf künftig 608 Euro (472 Euro + 136 Euro); außerdem redaktionelle Folgeänderung zu Buchstabe a Doppelbuchst. aa.

Zu Buchstabe b:

Der monatliche Betrag des Nachteilsausgleichs für gehörlose Menschen wird von derzeit 100 Euro auf 136 Euro erhöht.

Zu Buchstabe c:

Infolge des Inkrafttretens der dritten Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234) in der jeweils geltenden Fassung zum 1. Januar 2020 sind frühere stationäre Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen nunmehr als besondere Wohnformen anzusehen und fallen demzufolge nicht mehr unter den Begriff einer Einrichtung. Die dort lebenden Menschen mit einer Sinnesbehinderung erhalten daher den vollen Betrag des jeweiligen Nachteilsausgleichs nach § 2 Abs. 1 oder 2 ThürSinnbGG. Der Anwendungsbereich des Absatzes 3 umfasst jedoch weiterhin bestehende stationäre Einrichtungen (zum Beispiel in der Altenpflege).

Die in Absatz 3 Satz 1 geregelte Absenkung der Beträge für blinde beziehungsweise gehörlose Menschen, die in einer stationären Einrichtung leben, wird beibehalten, da aufgrund der in der Einrichtung erbrachten Unterstützung von einer Minderung des behinderungsbedingten Mehraufwands auszugehen ist. Es ist daher gerechtfertigt, die Höhe des Nachteilsausgleichs entsprechend herabzusetzen. Insoweit wird der bisher geltende abgesenkte Betrag in Höhe von 91,20 Euro um denselben Prozentsatz wie der volle Nachteilsausgleich für blinde Menschen (18 Prozent) erhöht und beträgt zukünftig 107,62 Euro. Dabei wird bei dem abgesenkten Betrag nicht zwischen blinden und gehörlosen Menschen differenziert, da für eine solche Differenzierung keine sinnvollen Kriterien ersichtlich sind. Hinsichtlich taubblinder Menschen, die in einer Einrichtung leben, verbleibt es bei der bisherigen Regelung in Satz 2, wonach diese den abgesenkten Betrag in doppelter Höhe erhalten.

Zu Buchstabe d:

Sind sinnesbehinderte Menschen zum Vollzug einer Freiheitsstrafe oder einer freiheitsentziehenden Maßnahme in einer dafür vorgesehenen Anstalt untergebracht, wird ebenfalls von einem geminderten behinderungsbedingten Mehraufwand ausgegangen. Dieser ergibt sich bereits aus der Einschränkung der persönlichen Freiheit. Gleiches gilt für die Unterbringung in einer Entziehungsanstalt oder in einer sozialtherapeutischen Anstalt. Daher ist es gerechtfertigt, diesem Personenkreis einen Nachteilsausgleich in Höhe eines gegenüber den Absätzen 1 und 2 abgesenkten Betrags zu gewähren. Der für blinde und gehörlose jeweils einheitliche abgesenkte Betrag wird um denselben Prozentsatz wie der volle Nachteilsausgleich für blinde Menschen (18 Prozent) erhöht und beträgt zukünftig 107,62 Euro.

Zu Nummer 2:

Zu Buchstabe a:

Sinnesbehinderte Menschen mit einem Pflegegrad erhalten Leistungen nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch, die teilweise ebenfalls denjenigen Bedarf decken, der sich aufgrund der Sinnesbehinderung ergibt. Um eine Doppelbegünstigung zu vermeiden, wird daher beim zuerkannten Pflegegrad 2 die Höhe des Nachteilsausgleichs herabgesetzt. Der bisher geltende Betrag wird von 182,40 Euro um 18 Prozent auf 215,23 Euro erhöht. Zugleich entfällt die bisherige Untergliederung der Nummer 1 in die Buchstaben a und b, die durch Zeitablauf gegenstandslos geworden sind.

Zu Buchstabe b:

Bei zuerkannten Pflegegraden 3 bis 5 wird die Höhe des Nachteilsausgleichs weiter reduziert. Der bisher geltende abgesenkte Betrag in Höhe von 127,50 Euro wird um 18 Prozent auf 150,45 Euro erhöht. Zugleich erfolgt eine redaktionelle Bereinigung der Nummer 2.

Zu Nummer 3:

Die unzutreffende Verweisung wird berichtigt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Änderungsgesetzes.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion Bündnis 90/
DIE GRÜNEN

Mitteldorf

Hey

Rothe-Beinlich

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Thüringer Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen

Biling e.V.

Thüringer Rechnungshof

Landesverband der Gehörlosen Thüringen e.V.

SHG Taubblinde Thüringen

Blinden- und Sehbehindertenverband Thüringen e.V. (BSVT)

Evangelisches Büro Thüringen

AOK Plus

Sozialverband VdK Hessen-Thüringen

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung in Thüringen

Katholisches Büro Erfurt

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes													
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small></p>												
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Thüringer Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen</td> <td style="padding: 5px;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Jürgen-Fuchs-Str. 1</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jürgen-Fuchs-Str. 1	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt		
	Name	Organisationsform											
	Thüringer Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen	Körperschaft des öffentlichen Rechts											
	Geschäfts- oder Dienstadresse												
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jürgen-Fuchs-Str. 1											
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt												
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small></p>												
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse		<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname											
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse												
	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>												
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Behinderungen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Zustimmung zum Gesetzentwurf mit der Anregung, die Erhöhungssätze der einzelnen Nachteilsausgleiche zu prüfen/zu begründen, das Taubblindengeld zu erhöhen und ein Sehbehindertengeld einzuführen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 24.05.2023	



TLMB • Jürgen-Fuchs-Straße 1 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und
Gleichstellung
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt



Erfurt,
24.05.2023

Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Sinnesbehinderten- geldgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 7/7463

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Forelle,

für die Gelegenheit zur Stellungnahme danke ich den Abgeordneten des Thüringer Landtags.
Dieses Schreiben wird ausschließlich digital versandt.

Grundsätzlich begrüße ich den Gesetzentwurf seine Zielsetzung, die bisher gezahlten Leistungen anzuheben. Allerdings fällt dabei auf, dass die relativen Steigerungsbeträge unterschiedlich ausfallen:

Das Blindengeld soll um 18% von 400 € auf 472 € angehoben werden.

Das Taubblindengeld soll von 500 € auf 608 € steigen, also um 21,6%.

Das Gehörlosengeld soll von 100 € auf 136 €, also um 36 % erhöht werden.

Eine Begründung für die unterschiedlichen Steigerungsbeträge wird nicht angegeben, was mit Blick auf das Gleichheitsgebot des Artikel 3 Absatz 1 Grundgesetz und Artikel 2 Absatz 1 Thüringer Verfassung als problematisch angesehen wird.

Weitergehende Ausführungen mache ich bei der Beantwortung der Fragen der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP:

Frage 1

Bei den für gehörlose und taubblinde Menschen avisierten Zahlbeträgen ist dem Gesetzentwurf kein Bezug zu den gewöhnlichen behinderungsbedingten Aufwendungen dieser Personengruppen oder den Zahlbeträgen anderer Bundesländer zu entnehmen. Hier empfehle ich, die jeweiligen Stellungnahmen der die Interessen dieser Menschen vertretenden Verbände als ausschlaggebend zu betrachten.

Hausanschrift:
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

PF 90 04 55
99107 Erfurt

Tel.: (0361) 573118000
Fax: (0361) 573118010

www.tlmb.thueringen.de
kontakt@tlmb.thueringen.de

Im Anwendungsbereich der DS-GVO gilt folgender Hinweis: Informationen nach Art. 13, Art. 14 DS-GVO zum Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten im Thüringer Landtag und zu den Möglichkeiten einer verschlüsselten Kommunikation finden Sie im Internet unter <https://datenschutz.thueringer-landtag.de>. Auf Wunsch übersenden wir Ihnen auch eine Papierfassung.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/7463											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Biling e.V.</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Am Obertunk 46</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99310 Arnstadt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Biling e.V.		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Obertunk 46	Postleitzahl, Ort	99310 Arnstadt
	Name	Organisationsform									
	Biling e.V.										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Obertunk 46									
Postleitzahl, Ort	99310 Arnstadt										
Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort		
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligenttransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddok(G))	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
„Achstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes“ Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 7/7463											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Thüringer Rechnungshof</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Oberste Landesbehörde</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Burgstraße 1</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">07407 Rudolstadt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1	Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt
	Name	Organisationsform									
	Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1									
Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Finanzkontrolle	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt? <input checked="" type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der Thüringer Rechnungshof sieht von einer Äußerung mangels Prüfungserfahrungen ab.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail vorab <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu ? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Rudolstadt, 25.04.2023	



Die Präsidentin

Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Pommer
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
27.04.2023 07:12

1642/23

Kirsten Butzke

Durchwahl:

Telefon 03672 446-100

Telefax 03672 446-998

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

20. März 2023

Unser Zeichen:

(bitte bei Antwort angeben)

**„Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Sinnesbehinderten-
geldgesetzes“**

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN - Drucksache 7/7463

Rudolstadt,
26. April 2023

Äußerung nach § 111 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

zum oben genannten Beratungsgegenstand erhalten Sie die Äußerung des
Thüringer Rechnungshofs mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder
des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung.

Weiter erhalten Sie als Anlage das ausgefüllte Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz.

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen



Die Präsidentin

Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

Thüringer Landtag
Mitglieder des Ausschusses
für Soziales, Arbeit, Gesundheit
und Gleichstellung
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Durchwahl:

Telefon 03672 446-100

Telefax 03672 446-998

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

20. März 2023

Unser Zeichen:

(bitte bei Antwort angeben)

**„Achstes Gesetz zur Änderung des Thüringer
Sinnesbehindertengeldgesetzes“**

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN - Drucksache 7/7463

Rudolstadt,
26. April 2023

Äußerung nach § 111 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

mit o. g. Schreiben bat der Thüringer Landtag den Rechnungshof um
schriftliche Darlegung seiner Auffassung zum o. g. Beratungsgegenstand. Er
bedankt sich für die Beteiligung. Ihm liegen keine Prüfungserkenntnisse vor.
Der Rechnungshof hat den Gesetzentwurf zur Kenntnis genommen.

Der Rechnungshof erklärt seine Zustimmung zur Bereitstellung seiner
Äußerung an Dritte.

Mit freundlichen Grüßen

Thüringer
Rechnungshof
Burgstraße 1
07407 Rudolstadt

www.rechnungshof.thueringen.de

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes Gesetzentwurf der der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7463 -		
1	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG, Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
		Landesverband der gehörlosen Thür. e.V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Haus - Gründig - Str. 25
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Postleitzahl, Ort	99099 Gera
2	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)
	1. Landesvorsitzender des LV GLTH e.V.
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)
	Siehe Stellungnahme des LV GLTH, Bilting und GSV Thüring vom 12.04.23
5	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief
6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !

7	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? <small>(§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)</small>	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum
GFA, 11.05.2023



Landesverband der Gehörlosen Thüringen e.V.
Hans-Grundig-Str. 25, 99099 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
12.05.2023 09:28



13091K223L

Thüringer Landtag
Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit
und Gleichstellung
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Erfurt, 11.05.2023

**Den Mitgliedern des
AfSAGG**

Aktenzeichen: – Drs. 7/7463 – mündlich

Beantwortung von Fragenkatalog des CDU und FDP
zur Anhörung zum Antrag in Drucksache 7/7463

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/2587

zu Drs. 7/7463

sehr geehrte Mitgliederinnen und Mitglieder der Fraktionen CDU und FDP,
sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit möchte ich Ihre nummerierten Fragen vom Fragenkatalog knapp und klar beantworten:

1. nein
2. siehe die öffentliche Stellungnahme des Landesverbandes der Gehörlosen Thüringen e.V., des Gehörlosensportverbandes Thüringen e.V. und des Biling e.V. vom 21.04.2023 zum Gesetzentwurf (Drucksache 7/7463)
3.
 - a) Ausbau von Barrierefreiheit in der Schnittstelle Kommunikation, Bürgerengagement und Bildung durch den Einsatz von Kommunikationshilfen wie Gebärdensprachdolmetscher
 - b) Umsetzung in thüringischen Schulen der Sekundarstufe I: Deutsche Gebärdensprache als curricularen Wahlpflichtfach bzw. Fremdsprachenfach für alle nach Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 07.10.2021
 - c) Errichtung einer eigenständigen „Landesfachstelle für Deutsche Gebärdensprache“ des Thüringer Ministeriums oder als Unterabteilung in der Landesfachstelle für Barrierefreiheit
4. Ergänzung und Klärstellung „Finanzierung von Kommunikationshilfen zur Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben“ im ThürGIG und ThürGIGAVO, z.B. für das Gespräch der hörbehinderten Ehrenamtlichen direkt und persönlich mit der Partei bzw. den Abgeordneten

5. Aufstockung der Sach- und Personalkosten für die Landesberatungsstelle für Gehörlose und andere Menschen mit Hörbehinderung des Landesverbandes der Gehörlosen Thüringen e.V.
6. Thüringer Sinnesbehindertengeld ist für Menschen mit Hörbehinderung mit 70 GdB und Merkzeichen „RF“ (= Menschen mit hochgradiger Schwerhörigkeit) bis heute nicht berücksichtigt; dies soll gemäß dem Gleichheitsprinzip neulich in die Anwendung des ThürSinnbGG kommen
7. auf alle Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem zweiten Teil des SGB IX wird das Thüringer Sinnesbehindertengeld angerechnet; dies soll in der Zukunft nicht angewendet werden
8. siehe oben aufgeführte Nr. 3 (a - c)
9. siehe oben aufgeführte Nr. 3 (a - c), insbesondere die fehlende Finanzierung von Kommunikationshilfen im ehrenamtlichen Bürgerengagement

Ich bedanke mich für Ihre Entgegennahme und freue auf die weiteren, positiven Entwicklungen bzw. Besserungen.

Für weitere Fragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Anlage

- Fragenkatalog der Fraktionen CDU und FDP
- Stellungnahme des Landesverbandes der Gehörlosen Thüringen e.V., des Gehörlosensportverbandes Thüringen e.V. und des Biling e.V. vom 21.04.2023 zum Gesetzentwurf (Drucksache 7/7463)

Fragenkatalog

zur Anhörung zum Antrag in Drucksache 7/7463

Vom Ausschuss beschlossene Fragen der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP:

1. Halten Sie die vorgeschlagenen Erhöhungen für ausreichend?
2. Welche weitergehenden und inhaltlichen Änderungen der Regelungen des Sinnesbehindertengeldgesetzes vermissen Sie am vorgelegten Gesetzentwurf?
3. Welche über die Änderungen des Sinnesbehindertengeldgesetzes hinausgehenden Veränderungen zum Abbau von Barrieren wünschen Sie sich?
4. Welche über die Änderungen des Sinnesbehindertengeldgesetzes hinausgehenden Änderungen sind nötig, damit sich Menschen mit Sinnesbehinderungen ohne Barrieren ehrenamtlich einbringen und aktiv beteiligen können?
5. Welche finanzielle Absicherung ist nötig, um die Arbeit der Beratungsstellen und der Landesgeschäftsstelle des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Thüringen e.V. sicherzustellen?
6. Welche Betroffenengruppen sind aus Ihrer Sicht nicht erfasst und müssten ebenfalls eine Förderung, ähnlich der Regelungen des Sinnesbehindertengeldgesetzes erhalten?
7. Kennen Sie Fälle, in denen die Mittel des Sinnesbehindertengeldgesetzes nicht ausgezahlt werden konnten, weil sie auf andere staatliche Leistungen angerechnet wurden?
8. An welchen konkreten Stellen gibt es Ihrer Ansicht nach aktuell den größten Nachholbedarf bezüglich der Teilhabe für Menschen mit einer Sinnesbehinderung?
9. Welche Bedarfe von sinnesbehinderten Menschen werden Ihrer Auffassung nach bislang finanziell oder politisch nicht berücksichtigt?

AK NACHTEILSAUSGLEICH FÜR MENSCHEN MIT HÖRBEHINDERUNG IN BAYERN

Mehraufwendungen (Mehrkosten) für Menschen mit Hörbehinderung

Im Auftrag des StMAS haben das Netzwerk Hörbehinderung Bayern und der Landesverband Bayern der Gehörlosen e.V. eine Umfrage unter Betroffenen zu deren behinderungsbedingten finanziellen Mehraufwendungen gemacht.

Technische Hilfsmittel, Zuzahlungen, Mehraufwendungen im Alltag (Mittelwerte aus 124 Interviews der gebärdensprach- und laut- sprachorientierten Menschen mit Hörbehinderung)	Durchschnittliche finanzielle Belastung pro Monat in €	
	Gebärdensprach-orientiert	Lautsprach-orientiert
Technische Hilfsmittel	11,30	17,80
Anschaffung und Zuzahlung für Hörgeräte, Batterien	20,50	34,00
Gebühren eines Internetanschlusses, Nutzung TESS, TEKOS	53,50	
Ambulante Reha (Fahrtkosten, Zuzahlung Hör- und Sprachtherapien)	15,00	21,70
Fahrtkosten für hörbehinderte Menschen zur Pflege sozialer Kontakte unter Gleichgesinnten	53,50	7,50
Mehrverschleiß technischer Geräte, da akustisch wahrnehmbare Schäden nicht bemerkt werden können	56,20	
Gesamt Technik	210,00	81,00
Gebärdensprach & Schriftdolmetscher (geschätzt 2 Std./Monat inkl. Fahrt)	290,00	300,00
Monatliche Gesamtkosten	500,00	381,00

Folgende Bereiche sind im Augenblick nicht durch Kostenträger abgedeckt:

- Im schulischen Bereich: Elternbeirat, Elternstammtisch, Ausflüge, (Abschluss-)Feiern
- Kultureller Bereich: Bildungsveranstaltungen, Kurse bei der VHS, Lesungen
- Arbeitsleben: (Betriebs-)Ausflüge und Feiern
- Fahrschule, Behördengänge (ohne Verwaltungsverfahren), Bank, Schuldnerberatung
- Auto- und Immobilienkauf, Eigentümerversammlung, Notar, Rechtsanwalt, Steuerberater
- Politische Diskussionen, Ehrenamtliche Tätigkeit in Arbeitskreisen, Vereinen und Initiativen
- Gottesdienste, private Veranstaltungen, Sport und Freizeit, Stadtführungen

Der aktuelle Stundensatz für Dolmetscher beträgt 85,00 €. Bei einer notwendigen Doppelbesetzung bei Einsätzen über zwei Zeitstunden errechnen sich $2 \times 170,00 \text{ €} = 340,00 \text{ €}$ zuzüglich Fahrtkosten und Fahrzeit.

München, 16.02.2022

An
Thüringer Landtag
Fraktionen des Landtags
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Erfurt, 21.04.2023

Stellungnahme zum Gesetzentwurf

„Achstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes“ der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 7/7463)

sehr geehrte Damen und Herren Fraktionsvorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

vielen Dank für die Möglichkeit einer schriftlichen Stellungnahme zum oben genannten Gesetzentwurf. Sehr gern beziehen wir, der Landesverband der Gehörlosen Thüringen e.V. (LVGLTH), der Gehörlosensportverband Thüringen e.V. und der Biling - Verein für bilinguale Bildung in Deutscher Gebärdensprache und Deutscher Lautsprache e.V., hierzu Stellung.

Gemeinsam repräsentieren und vertreten wir zirka 1413 ¹ in Thüringen lebende gehörlose Menschen. Zudem werden von uns die sozialpolitischen Interessen weiterer Menschen, insbesondere die Angehörigen, Bezugspersonen und Gebärdensprachnutzer*Innen mit oder ohne Hörbehinderung, die den gehörlosen Menschen direkt oder indirekt nahestehen, vertreten.

Sinnesbehinderungen führen gehäuft und wiederholt zu Mehrausgaben im Alltag, weshalb wir die Erhöhung des Sinnesbehindertengeldes befürworten, da dadurch behinderungsspezifische Nachteile ausgeglichen, die Teilhabemöglichkeiten verbessert und die Umsetzung der Inklusionsziele des Freistaates Thüringen unterstützt werden.

Jedoch ist die geplante Anhebung des Sinnesbehindertengeldes um 36 Euro für die gehörlosen Betroffenen unserer Auffassung nach zu gering im Vergleich gegenüber der am 22.12.2022 im Thüringer Landtag vorgeschlagenen Erhöhung um 72 Euro (gleichberechtigt für alle Sinnesbehindertengruppen). Der eigentliche Bedarf liegt deutlich höher. ²

¹ Thüringer Landesamt für Statistik (2021): Schwerbehinderte Menschen in Thüringen am 31.12.2019. Erfurt. Das sind 964 Betroffene mit Taubheit und weitere 449 taube Betroffene kombiniert mit Störungen der Sprachentwicklung. Davon sind 138 taube Menschen im Kinder- und Jugendalter (bis 25 Jahre alt) und 705 im Seniorenalter (ab 60 Jahre alt).

² vgl. der empirisch festgestellte Mehrbedarf ohne Dolmetscherkosten monatlich 210 €, der durch kein Gesetz abgesichert ist: https://admin.nh-bayern.de/wp-content/uploads/2022/04/2022_02_16_Zusatzkosten.pdf

Nach wie vor müssen gehörlose Menschen auch in vielen Bereichen der Alltagsbewältigung und sozialen Teilhabe behinderungsbedingte Mehrkosten auf sich nehmen, welche jedoch durch Nachteilsausgleiche über die derzeitigen gesetzlichen Rahmenbedingungen³ von staatlichen Kostenträgern oder von Sozialversicherungsträgern nicht gedeckt sind.

Ein Ausfall des Hörsinnes wirkt sich nachteilig auf die Bereiche der Informationsaufnahme, Orientierung, Mobilität und Teilhabe aus. Dies führt bei gehörlosen Menschen oft auch zu einem Informationsdefizit und einer gewissen Verunsicherung in allen relevanten Lebenslagen. Dabei sind die konkreten Lebensumstände und Anforderungen sowie der Grad von deren Bewältigung höchst verschieden. Verursachen jedoch einen Mehraufwand an Unterstützungsleistungen mit höheren persönlichen finanziellen Aufwendungen wie z.B. personelle und technische Kommunikationshilfen, Hilfen zur visuellen Wahrnehmung und guten Raumakustik etc.

Hinzu kommen besondere mit erheblichen Folgekosten verbundene ländliche Versorgungsprobleme, die daraus resultieren, dass Thüringen ein Flächenland ist. Menschen ohne Hörbehinderung, die über Lautsprache kommunizieren können, haben meist wohnortnah erreichbare Beratungsstellen, Einrichtungen der nicht-medizinischen Versorgung, des Dienstleistungsbereichs, Bildungsstätten sowie Angebote in den Bereichen Sport, Kultur und Freizeitgestaltung. Gehörlose Menschen, die mittels Gebärdensprache kommunizieren, müssen oft weitere Wege in Kauf nehmen, um zu Gehörlosenveranstaltungen, Gehörlosenvereinen, Beratungsstellen oder Freunden zu gelangen. Beispielsweise sind Wege von Sonnenberg nach Erfurt zur LVGLTH-Beratungsstelle oder zum Sportverein GSC Erfordia oder zum DGS-Theater nach Leipzig oder Dresden sowie zu anderen Gehörlosentreffen und Veranstaltungen, die meist in Großstädten stattfinden, keine Seltenheit. Deshalb haben Gehörlose höhere Kosten im Bereich der Mobilität um am Gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Die Erhaltung dieser Mobilität gehörloser Menschen in Thüringen ist eine Grundvoraussetzung für die in der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen und dem ThürGIG verankerten Teilhabe und Inklusion.

Das reicht von den individuellen eigenen oder begleitenden Beförderungsleistungen durch Angehörige, Nachbarn, Freunde über die Inanspruchnahme von Dienstleistungen wie Beratung, Schreibhilfe, Textkorrektur, weiter über zusätzliche Aufwendungen für die Beschaffung und Nutzung von Mobilitäts- bzw. Alltagshilfsmitteln bis hin zu der Tatsache, dass oftmals nur die teureren visuell-auditiven Kommunikations- bzw. Haushaltsgeräte und Dienstleister eine gewisse Barrierefreiheit bieten.

Zudem müssen oft Zuzahlungen für teure Hörgeräte und Lichtsignalanlagen, höhere Kosten für Energieversorgung von technischen Hilfen (Hörgerätebatterien, Strom, beleuchtete helle Lichtverhältnisse), teurere Internetzugänge (mit hoher Bandbreite), um Videotelefonie in Gebärdensprache realisieren zu können, höhere Versicherungen infolge von Risikozuschlägen aufgrund von Gehörlosigkeit in Kauf genommen werden. Hinzu kommen Zuzahlungen für sonstige Hilfsmittel, Therapien, Telefondolmetschdienste, teilweise mehrkostenbelastete Reparaturen von Hilfsmitteln und Geräten, für die die akustischen Anzeichen für drohende Schäden nicht gehört werden können (beispielsweise ein sich anbahnender Motorschaden am Auto wird nicht gehört). Zusätzlich sind erhöhte Kommunikations- und Zeitanstrengungen zu bedenken. Gehörlose müssen Nichtgehörtes nachlesen, teilweise viel Zeit für Dolmetschersuche

³ Insbesondere über den Sozialleistungen nach dem Ersten bis Zwölften Sozialgesetzbuch (SGB I – XII) und nach dem Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (ThürGIG)

und Antragstellungen aufwenden. Gehörlose Menschen möchten nicht, dass ihre Angehörige, Nachbarn oder Freunde neben ihrer freien Zeit auch noch Geld einsetzen müssen, um beispielsweise ihre ÖPNV-Fahrkarte selbst zu bezahlen, wenn sie den gehörlosen Menschen begleiten.

Ob gehörlose Menschen allein leben, in Familie oder einer Einrichtung - ihre soziale Situation sowie das Maß von gelebter Selbstbestimmung und Teilhabe wäre ohne die Kompensation der damit verbundenen finanziellen Mehraufwendungen in Quantität und Qualität geringer.

Die Liste an Gegenständen, Zuzahlungen, Mehrkosten, die gehörlosen Menschen eine nahezu selbstbestimmte Lebensführung ermöglichen, könnte fachlich und faktisch noch weiter fortgesetzt werden und würde den Rahmen dieser schriftlichen Stellungnahme und auch die von den Koalitionsparteien DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagenen Erhöhung um 36 € weit übersteigen.

Das Sinnesbehindertengeld für Gehörlose wird nicht nur zur Kompensation von Mehraufwendungen auf Grund von Entgelten und Sachmitteln benötigt; es dient auch dazu, notwendige niedrigschwellige Unterstützungsleistungen im Alltag (z.B. Ehrenamt und Nachbarschaftshilfe) als Aufwandsentschädigung zu begleichen. Weiter ermöglicht das Gehörlosengeld gehörlosen Menschen, spontan, situativ reagieren zu können, während derzeitige Leistungen wie laut SGB oder ThürGIG teilweise langwierige und strapazierende Antragsprozesse nach sich ziehen und nur temporär und sozialraumorientiert gewährt werden. Überdies ist die benötigte Dienstleistung der Leistungen nach SGB und ThürGIG in Thüringen noch im Aufbau und teils noch gar nicht vorhanden, so dass unserer Auffassung nach das Sinnesbehindertengeld für Gehörlose eine Form der Übergangs- und Ausgleichsleistung im Zusammenhang mit den ländlichen und infrastrukturellen Gegebenheiten Thüringens angesehen werden kann. Zur Gegenüberstellung als fiskalische Sozialleistung ist das Gehörlosengeld ein Kernbaustein der sozialen Teilhabeleistungen, welche die thüringische Landesregierung bisher mit den Vorhabenzielen der UN-Behindertenrechtskonvention, der Sozialgesetzbücher und des ThürGIG noch nicht geschafft hat, direkt und jetzt umzusetzen.

Nicht zu unterschätzen sind die psychischen Belastungen, die solche Alltagsschwierigkeiten bei den gehörlosen Menschen auslösen. Sie ziehen sich zurück und leben isoliert. Neben der bereits aufgearbeiteten Situation von bekannten Heimmissbrauchsfällen an Gehörlosen in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe der DDR ist bis heute die schlimme psychische und physische Gewalt an Gehörlosenschulen ein Tabuthema. Das Gebärdensprachverbot an Einrichtungen für gehörlose Schüler*innen bis in den 80er Jahren wurde mit psychischer und körperlicher Gewalt, mit Zwangs- und Strafmaßnahmen sowie Demütigungen von gehörlosen Schülern durch Pädagogen und Schulkräfte durchgesetzt. Diese grausame systematische Diskriminierung in Gehörlosenschulen wurde bis heute tabuisiert und noch nicht aufgearbeitet. Dazu gehörten neben dem Verbot der Verwendung der Gebärdensprache und dem damit verbundenen Sprach- und Bildungsentzug körperliche Gewalterfahrungen, die Isolation in gesonderten Räumen (Zimmerarrest), öffentliche Demütigungen, Missachtung der Intimsphäre, Essenszwang oder Essensentzug sowie Nachmittagsarbeit. Die Opfer dieser Misshandlungen haben bis heute keine Entschädigung für dieses Leid und die daraus resultierenden Folgen erhalten.

Die leidvollen Erfahrungen der Schulzeit setzten sich für die Betroffenen im restlichen Leben fort. Sie sind in einer Welt der Hörenden vielen Hürden ausgesetzt und haben oft psychische Probleme, kämpfen mit Unsicherheiten und Verslossenheit aufgrund von Traumata und Sozial-

bzw. Kommunikationsängsten. Durch das Gebärdensprachverbot und den Bildungsentzug in den Schulen wurden die persönlichen und beruflichen Lebenswege vieler gehörloser Menschen derart eingeschränkt, dass viele am Existenzminimum und unter schwierigen sozialen Umständen leben müssen. Durch die eingeschränkte Wahlmöglichkeit in der Schul- und Berufsausbildung, konnten Gehörlose häufig keine höheren Schulabschlüsse und somit auch keine höheren Berufsabschlüsse erwerben.

Folglich hatten sie auch im Beruf kaum Karriereaufstiegsmöglichkeiten und oft unterbezahlte Anstellungen. Speziell die von Armut bedrohten, thüringischen Gehörlosen sind häufig von Arbeitslosigkeit betroffen oder haben nur ein geringes Einkommen und sind entsprechend nachwirkend was ihre Rente angeht auch benachteiligt. ⁴ Für diese Folgen des Sprach- und Bildungsentzugs in Förderschulen und den eingeschränkten Berufswahlmöglichkeiten ist bis heute kein finanzieller Ausgleich vorgesehen.

Zusätzlich auf dem Hintergrund einer permanenten und aktuell sogar zunehmenden allgemeinen Teuerung, der Lohn- und Gehaltsentwicklung, der Preisentwicklung und der hohen Inflationsrate bedeutet eine Nichtangleichung der Erhöhung des Sinnesbehindertengeldes um 72 Euro für gehörlose Menschen faktisch eine Verschlechterung, steht also den anerkannten Zielen der UN-Behindertenrechtskonvention zur Gleichbehandlung und zur stetigen Verbesserung von Teilhabe und Nachteilsausgleich diametral entgegen.

Daher wären gehörlose, vom dem Gebärdensprachverbot traumatisierte Menschen in Thüringen im Sinne der UN-BRK Art. 2 eher schwer benachteiligt.

Im Namen unserer dreien Thüringer Verbände, die für alle gehörlosen Bürger*innen Thüringens stellvertretend stehen, möchten wir dafür empfehlen, für eine Erhöhung des Sinnesbehindertengeldes für Gehörlose um 72 € von 100 € auf 172 € zu stimmen.

Das Zitat von einer taubblinden Schriftstellerin :

„Blindheit trennt von Dingen, und Taubheit trennt von Menschen“

bringt treffend zum Ausdruck, dass Taubheit eine Behinderung ist, deren Folgen vielfach unterschätzt und nicht gesehen bzw. wahrgenommen werden.

Wir würden uns sehr freuen, im Rahmen einer mündlichen Anhörung oder im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens detaillierter zum Gesetzentwurf Stellung nehmen zu können.

⁴ dies ist in Thüringen bei der zirka Hälfte von 1413 Gehörlosen als taube Senioren (ab 60 Jahre alt) betroffen; über 1.000 Gehörlose sind vom Gebärdensprachverbot und Missbrauch in thüringischen Gehörlosenschulen betroffen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes Gesetzentwurf der der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7463 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>SHG Taubblinde Thüringen im LV der Gehörlosen Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Siedlung 5</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99988 Diedorf</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		SHG Taubblinde Thüringen im LV der Gehörlosen Thüringen	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Siedlung 5	Postleitzahl, Ort	99988 Diedorf
	Name	Organisationsform									
		SHG Taubblinde Thüringen im LV der Gehörlosen Thüringen									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Siedlung 5									
Postleitzahl, Ort	99988 Diedorf										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	TaubbLindengeld	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Taubblindengeld, das ist notwendig, dass wir nichts hören und sehen. Ein taubblinder Mensch, der keine oder wenig Unterstützung seitens der Familie erfährt benötigt mehr Assistenz. Eine Entlastung der Angehörigen durch geschulte Assistenten und die damit verbundene Selbständigkeit ist dringend erforderlich. Zudem richtet sich der Bedarf auch nach dem Grad der doppelten Sinnesbehinderung.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum
Diedorf, 15.05.2023

SHG Taubblinde Thüringen
Im Landesverband der Gehörlosen Thüringen e.V.

Siedlung 5
99988 Diedorf

THÜR. LANDTAG POST
16.05.2023 06:39

13272/2023

Den Mitgliedern des
AfSAGG

Stellungnahme

**Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer
Sinnesbehindertengeldgesetzes für Blinde, Taubblinde und
Gehörlose Menschen sieht Änderungen durch das Gesetz zur
Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge**

Thüringer Landtag

Zuschrift

7/2588

zu Drs. 7/7463

Diedorf, 15.05.2023

Fragenkatalog

zu

1. Wegen vorgeschlagenen Erhöhungen sind Ordnung

a. Blindengeld 472,--€

b. Gehörlosengeld 136,--€

c. Taubblindengeld 608,--€ **nicht** in Ordnung

Einziges Problem bekommen Taubblinden erhalten von Krankenkasse kein Pflegegeld und bekommen Alterszeitrente und Erwerbsminderungsrente durchschnittlich im Monat bis zu Grenze 600,--€.

Unterliegen mehrere Aufwendungenkosten bedeutet.

Vielen Taubblinden und Hörsehbehinderten können nur mit persönlicher Assistenz gemeinsamen unterwegs z.B.

Tagesausflug, Einkaufen und usw. Wer in Landesleben wohnt, fahren kein öffentliche Verkehrsmittel, darum Taxi bestellen, aus eigenen Kosten. Auch Rollstuhlfahrer,

Gehörlosen die keinen eigene Auto haben oder

Gesundheitsproblemen dürften keinen Autofahren,

besondern Wochenenden wo überall zur Veranstaltungen, Gemeinde besuchen und usw..

Siehe Katalog:

Assistenzkosten: pro Stunden 63,75 € plus Fahrkosten

Gebärdensprachdolmetscher/Kommunikationshilfe pro Stunden 85,--€ plus Fahrkosten

Krankenkassenerstattungen für Taubblinden technische Hilfsmittel bezahlt nur 25%, den Rest 60 bis 75%

Selbstbeteiligungen.

Leider sind hier in Thüringen vielen Taubblinden meisten sind zu Hause bleiben und fühlen sich unsicher außer Welten und oft Ratlosigkeit. Wir wissen nicht, wieviel Taubblinden hier in Thüringen, leider sind meisten Dunkelziffern.

Wie sieht das aus? Dass anderen Bundesländer haben durchschnitt zwischen 1.000, -- bis 1.300, --€ für Taubblinden. Bitte nachdenken. Taubblinden sind immer zurückliegen und kommt nicht vorwärts.

2. Es wäre sehr dankbar, wenn Sie die Aufgaben überdenken und Änderungen Sinnesbehindertengeldgesetzes.
- 3- Barrierefreien Zugänge sind nicht überall in Thüringen. z.B. Bahnhöfen durch Lautsprecher können vielen Gehörlosen, Hörgeschädigten und Spätertaub nicht mitbekommen, wegen Züge verspäteten oder anderen Gleisen.

Rollstuhlfahrer haben jedoch vielen Hindernissen, die welchen Bahnhöfen Fahrstuhlflitten sind, defekt oder die welchen sind keinen Fahrstuhlflitten da. Obwohl Mitarbeiter von Bundesbahn sind, nicht immer Zuverlässigkeit. Obwohl immer vorher Bundesbahn-Service für Barrierefreie und Mobilitätsservices bestellen, leider oft fehlender Personen für Taubblinden, Rollstuhlfahrer und usw.
- 4 Gute Fragen wegen Änderungen des Sinnesbehindertengeldgesetzes, unserem Ausdruck wichtiger Notwendigkeit begleiteten Personen für Taubblinden und Rollstuhlfahrer. Bis jetzt noch nicht beteiligen, leider wegen EUTB-Teilhabeberatung in Deutschlandsweit und Thüringen wurden abgeschafft. Es fehlen wichtiger Informationen für alle Behinderten Menschen.
- 5.
6. Durch Erfahrungen Selbsthilfegruppen, Christliche Gemeinde, Caritas, Diakonie und usw. erhalten keinen Förderungsmitteln von Staat, sondern fehlen Informationen.
7. Verschiedenen Fördermitteln erhalten nicht alles in Sinnesbehindertengeldgesetzes ausgezahlt werden, leider. bis jetzt staatliche Leistungen wurden nicht berücksichtigen.
8. Wegen Nachholbedarf für alle behinderten Menschen großen Bedarf, wegen enorme Kosten Assistenzen, für Taubblinden brauchen dringend immer Begleiter*innen oder Assistenzen und usw. Ohne geht nicht.
9. Auffassung nach Bedarfe für behinderten Menschen wurden Land Thüringen nicht berücksichtigt, besonderen Taubblinden und Hörsehbehinderten Menschen, auch Rollstuhlfahrer.

- Das Taubblindengeld deckt die erhöhten Kosten nicht ab, Sie haben das gut dargestellt. 608 € decken nicht einmal 10 Assistenzstunden ab. Mit 10 Assistenzstunden im Monat ist Teilhabe sehr stark eingeschränkt. 2,5 Stunden pro Woche kann ein taubblinder Mensch dann aktiv sein. Dazu hat er andere Kosten.
- Der Abzug bei Unterbringung in einer Einrichtung ist nicht gerechtfertigt. Das Taubblindengeld ist für taubblinden-spezifische Bedarfe. Die Einrichtungen bieten in der Regel keine taubblindenspezifischen Leistungen an. Taubblinde brauchen auch in einer Einrichtung Assistenz, Kommunikationshilfe, Dolmetschung oder mehr Hilfsmittel.

13448/2023

Anlage 4

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem **Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes
Gesetzentwurf der der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/7463 -

1. Haben Sie sich als Vertreter einer **juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name

Organisationsform

BSVT e.V.

BSVT e.V.

Geschäfts- oder Dienstadresse

Gutenbergstraße 29a

Straße, Hausnummer (oder Postfach)

Postleitzahl, Ort

99423 Weimar

2. Haben Sie sich als **natürliche Person** geäußert, d. h. als Privatperson?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)

Name

Vorname

☐ Geschäfts- oder Dienstadresse

☐ Wohnadresse

(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	zu 1. Stellvertretende Landesvorsitzende im Ehrenamt zu 2. Beratung von Menschen mit Behinderung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- generelle Zustimmung - Ergänzung: • Einführung eines Schbehindertengeldes • Automatische Dynamisierung der gewährten Beträge anhand d. jährl. Rentenanpassung	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Weimar 17.5. 2023	


BSVT
 Blinden- und Sehbehindertenverband
 Thüringen e. V.
 Landesgeschäftsstelle
 Gutenbergstr. 29 a * 99423 Weimar
 Tel.: 03643 742907 * E-Mail: info@bsvt.org
 www.bsvt.org

Thüringer Landtag

- Verwaltung -

Zuschrift 7/2592

zu Drucksache 7/7463

24.05.2023

An die

Mitglieder des

Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung

nachrichtlich den zuständigen Fraktionsreferentinnen und -referenten

Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/7463 -

hier: Handreichung des Blinden- und Sehbehindertenverbands Thüringen e.V.

In Vorbereitung auf die im Rahmen der 60. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung am 24. Mai 2023 stattfindende mündliche Anhörung zu o.g. Beratungsgegenstand erhalten Sie anliegend die vom Blinden- und Sehbehindertenverband Thüringen e.V. zur Verfügung gestellte Handreichung zu Ihrer Kenntnis und weiteren Verwendung.

Landtagsverwaltung

Anlage:

- Handreichung des Blinden- und Sehbehindertenverbands Thüringen e.V.

Vom Ausschuss beschlossene Fragen der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP:

1. Halten Sie die vorgeschlagenen Erhöhungen für ausreichend?

Wir sind sehr froh, dass sich die Abgeordneten des Thüringer Landtages nach mehreren Jahren mit unserer Forderung beschäftigt haben und das Sinnesbehindertengeld für blinde Menschen auf den Bundesdurchschnitt von 472,00€ anheben wollen. Aber diese Erhöhung reicht nicht aus, um die entstehenden Nachteile auszugleichen.

2. Welche weitergehenden und inhaltlichen Änderungen der Regelungen des Sinnesbehindertengeldgesetzes vermissen Sie am vorgelegten Gesetzentwurf?

Wir vermissen:

1. unsere Forderung der jährlichen Dynamisierung des Sinnesbehindertengeldes entsprechend der jährlichen Rentenerhöhungen. Gerade im Hinblick auf die höhere Inflationsrate kann es nicht sein, dass Sinnesbehinderte in Thüringen jede Anpassung erst verspätet und nach langwierigen parlamentarischen Prozessen erhalten. Hilfsmittelfirmen, Taxiunternehmen etc. werden sicher sinnesbehinderten Menschen keine Sonderregelungen für die Zeit gewähren, bis die nächste Anpassung alle parlamentarischen Hürden genommen hat. Die automatische Anpassung jeweils zum 01.07. eines Jahres entsprechend der Rentenanpassung hat sich inzwischen in zahlreichen Bundesländern bewährt. Auch in Thüringen gab es nach der Einführung des Landesblindengeldes ab 1992 bis 1998 eine Regelung zur Dynamisierung. Diese wurde seinerzeit im Einvernehmen von Landesregierung und BSVT abgeschafft, weil wir ein Zeichen setzen wollten, dass wir uns Sparzwängen nicht entziehen. Allerdings wurde uns signalisiert, dass wir keine weiteren Einschnitte erwarten müssten. Der Leistungsbetrag war damals auch noch auf einem wesentlich höheren Niveau (siehe Übersicht). An eine völlige Streichung, wie sie später die Regierung Althaus durchgesetzt hatte, dachte damals niemand. Es wäre also Zeit, auch in Thüringen die Dynamisierung wieder einzuführen. Alles andere ergäbe eine Situation, in der Menschen mit Sinnesbehinderung stets Monate oder Jahre der Entwicklung „hinterherhinkend“ immer etwas weniger Inklusionschancen und gleichwertige Chance auf Teilhabe durch die notwendigen, aber nicht angemessenen Nachteilsausgleiche haben. Auch die momentan abgeminderte Chancenungleichheit ist eben dennoch noch immer keine vollwertige Teilhabemöglichkeit. Mit jedem nicht dynamisch angepassten Zeitintervall bis zur nächsten Erhöhung würde sich die Ungleichbehandlung dynamisieren.

2. Die Einführung eines Sehbehindertengeld für hochgradig Sehbehinderte in Höhe von mindestens 116,43 € und dann ebenfalls die automatische Dynamisierung.
3. Die Einführung eines Taubblindengeldes in Höhe des doppelten Blindengeldes. Die Leistungsbeträge für taubblinde Menschen dürften allerdings trotz der sich für diese Personengruppe aus der beabsichtigten Neuregelung ergebenden stärkeren Erhöhung noch nicht ausreichen, um deren tatsächliche Nachteile auch nur annähernd auszugleichen. Taubblindheit ist nicht nur eine Kombination aus Taubheit und Blindheit, sondern eine Schwerbehinderung eigener Art. Es sollte daher noch einmal darüber nachgedacht werden, die in Bayern geltende Regelung zu übernehmen, wonach an taubblinde Menschen der doppelte Betrag von dem Zahlungsbetrag für blinde Menschen gezahlt werden kann, da dies der Lage dieses Personenkreises besser gerecht werden dürfte.

3. Welche über die Änderungen des Sinnesbehindertengeldgesetzes hinausgehenden Veränderungen zum Abbau von Barrieren wünschen Sie sich?

Eine verpflichtende barrierefreie Ausgestaltung des öffentlichen Raums, insbesondere bei Neugestaltung von öffentlichen Plätzen, Bushaltestellen aber auch des ÖPNV (Bus und Bahn: Ansagen der Haltestellen der Fahrtrichtung und des Ziels). Verwendung von starken Kontrasten (Farbgebung) zur besseren Erkennbarkeit von Barrieren z.B. farbliche Absetzung von Treppenkanten und -absätzen oder der Anzeigetafeln. In der ständigen Kommunikation muss immer wieder auf mögliche Barrieren hingewiesen werden. Sehr oft hören wir Sätze: „ach daran haben wir gar nicht gedacht oder ja stimmt, wenn sie das jetzt so sagen...“, die möglichen Barrieren müssen stärker in den Fokus der öffentlichen Diskussion gestellt werden, um die Unwissenheit und die zum Teil vorhandene Gleichgültigkeit abzubauen (die vielzitierten Barrieren in den Köpfen).

4. Welche über die Änderungen des Sinnesbehindertengeldgesetzes hinausgehenden Änderungen sind nötig, damit sich Menschen mit Sinnesbehinderungen ohne Barrieren ehrenamtlich einbringen und aktiv beteiligen können?

- Förderung/ Finanzierung von Assistenzkräften (ähnlich einer Arbeitsassistentin) die die ehrenamtlich Tätigen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben z. B. innerhalb unseres Verbandes unterstützen, der gesamte Landesvorstand als auch die Vorstände der Kreisorganisationen sind im Wesentlichen blind bzw. hochgradig sehbehindert.
- Bereitstellung von barrierefreien Dokumenten, besonders Anträge u.ä., die die Bearbeitung und das Verständnis wesentlich vereinfachen können und die Kommunikation auf Augenhöhe ermöglichen.

5. Welche finanzielle Absicherung ist nötig, um die Arbeit der Beratungsstellen und der Landesgeschäftsstelle des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Thüringen e.V. sicherzustellen?

Für die Beratungsstellen:

Sicherstellung der Finanzierung der Beratungsstellen: im Moment gibt es eine 80 % Förderung durch den Freistaat, der Eigenanteil in Höhe von 20 % soll durch die Thüringer Stiftung Hilfe für Blinde und sehbehinderte Menschen und einem Eigenanteil des BSVT in Höhe von 10% gedeckt. Da die Gewinnausschüttung durch die Stiftung in den letzten Jahren sehr gering war, ist der Eigenanteil des BSVT wesentlich gestiegen. Weiterhin verringert sich die Förderung durch den Freistaat, wenn noch mehr Anträge von Anspruchsberechtigten aus dem gleichbleibend hohen Fördertopf bedient werden.

Diese Sachverhalte stellen für den Verband ein erhebliches finanzielles Risiko dar, da der Kernhaushalt (und dazu gehören die Finanzierung der Beratungsstellen) sich nur aus den Mitgliedsbeiträgen und Spenden refinanziert. Eine Entlohnung der Mitarbeiter entsprechend ihrer Berufsabschlüsse ist deshalb ebenfalls nicht möglich.

Zur Landesgeschäftsstelle:

Im Moment bekommen wir die entstehenden Sachkosten (ca. 30.000 €/Jahr) zu 50% vom Thüringer Sozialministerium und zu 50 % von der GKV gefördert. Personalkosten werden nicht gefördert. Die Aufgaben sind für 2,5 Vollzeitkräfte ausgelegt (siehe Anlage Aufgaben in der LGS). Davon sind ca. 65 h abgesichert, verteilt auf 5 Arbeitnehmer. Die Bereitstellung von Drucksachen in Brailleschrift ist uns zurzeit aufgrund der Personalsituation nicht möglich. Ebenso ist es wie überall sehr schwierig geeignetes Personal zu finden, die sich dieser umfassenden Aufgabe stellen können, zum Mindestlohn ist kein Personal zu finden. Die letzten Jahre haben wir immer Personal gesucht und zum Teil auch gefunden, bei dem wir andere Zuschüsse (z.B. EGZ) genutzt haben. Aus der schlechten Bezahlung resultiert auch eine hohe Fluktuation des Personals, was eine kontinuierliche Arbeit in der LGS sehr erschwert.

Wir fordern deshalb erneut die institutionelle Förderung unserer Landesgeschäftsstelle ähnlich der Liga der Selbstvertretung. Diese Forderung haben wir 2019/2020 bereits an das Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie gestellt und leider eine abschlägige Antwort erhalten.

Ebenso sind die Mieten und Betriebskosten für unsere Beratungsstellen in den einzelnen Kreisen eine große finanzielle Belastung. Bei weitem nicht alle Stadtverwaltungen stellen die Räumlichkeiten kostenlos zur Verfügung.

6. Welche Betroffenenengruppen sind aus Ihrer Sicht nicht erfasst und müssten ebenfalls eine Förderung, ähnlich den Regelungen des Sinnesbehindertengeldgesetzes erhalten?

Die Betroffenenengruppe der stark sehbehinderten und stark hörgeschädigten Menschen benötigt dringend ebenfalls einen Nachteilsausgleich. Mit einfacher menschlicher Logik beginnen Nachteile in der Teilhabe nicht erst wenn ein Mensch vollkommen blind oder taub ist. Hier sollte entsprechend vieler anderer Bundesländer auch eine angemessene Lösung für einen Nachteilsausgleich dieser Personengruppe gefunden, gemeinsam getragen und ins Gesetz eingebracht werden. Das betrifft vorrangig hochgradig sehbehinderte Menschen mit einem Visus von 30 und weniger und hochgradig schwerhörige Menschen. Gerade diese Betroffenen sind sehr stark auf Hilfsmittel angewiesen, damit sie sich lange selbstbestimmt in ihrem Wohnumfeld bewegen können.

7. Kennen Sie Fälle, in denen die Mittel des Sinnesbehindertengeldgesetzes nicht ausgezahlt werden konnten, weil sie auf andere staatliche Leistungen angerechnet wurden?

Ja, betroffenen Menschen, die einen Pflegegrad erhalten bzw. in einem Heim wohnen. Die Begründung ist, weil ja ähnliche Leistungen mit einem Pflegegeld ausgeglichen werden können. Dies ist nicht nachvollziehbar und schlichtweg nicht richtig. Eine sehende zu pflegende Person benötigt z. B. keine Vorlesetechnik, bzw. keine sprechenden Hilfsmittel für den Alltag bzw. für die soziale Teilhabe. Diese Ausgaben sind eine große Belastung für die betroffenen Menschen. Die zur Verfügung stehenden Hilfsmittel müssen für die Betroffenen auch bezahlbar sein.

8. An welchen konkreten Stellen gibt es Ihrer Ansicht nach aktuell den größten Nachholbedarf bezüglich der Teilhabe für Menschen mit einer Sinnesbehinderung?

Bei der Bereitstellung von Assistenzkräften im Rahmen der sozialen Teilhabe.

Sehr gern würden wir wesentlich mehr Hilfsangebote für unsere Mitglieder und alle betroffenen Menschen anbieten. Wir als Verband haben z.B. nicht die finanziellen Möglichkeiten, Rehabilitationslehrer (Rehalehrer) für Blinde- und Sehbehinderte für die Bereiche Lebenspraktische Fähigkeiten (LPF) oder Orientierung und Mobilität (O&M) zu beschäftigen oder dazu passende Lehrgänge für die betroffenen Menschen anzubieten. Aber selbst die Möglichkeiten zur Ausbildung zum Rehalehrer sind sehr beschränkt und werden nicht bzw. in sehr geringen Maß gefördert (Weiterbildungsscheck). Die berufsbegleitende Ausbildung erstreckt sich über einen Zeitraum von mindestens 3 Jahren und kostet ca. 20.000,00€.

In Thüringen gibt es zurzeit 4 Rehallehrer, (www.rehalehrer.de) von denen einer demnächst in Rente geht.

9. Welche Bedarfe von sinnesbehinderten Menschen werden Ihrer Auffassung nach bislang finanziell oder politisch nicht berücksichtigt?

Die Verschreibung von Hilfsmitteln ist oftmals sehr schwierig, der zu tragende Eigenanteil ist für die betroffenen Menschen sehr hoch, da z.B. die Krankenkassen nur den Regelbedarf abdecken, bzw. die Klärung der Zuständigkeiten, wer für die Bezahlung der Hilfsmittel verantwortlich ist, oft sehr nerven- und zeitaufreibend sind.

Weitere noch nicht berücksichtigte Probleme ergeben sich in Pflegeeinrichtungen oder Rehaeinrichtungen:

Zum einen ist es fast aussichtslos für sinnesbehinderte Menschen Plätze in Pflegeeinrichtungen zu finden, da dort kein Personal vorhanden ist, die mit den behinderungsspezifischen Einschränkungen von blinden und sehbehinderten Menschen umgehen können, hier sollte im Thüringer Maßnahmenplan, Bereich Bildung - der generalistischen Pflegeausbildung- dringend nachgebessert werden.

Zum anderen ist der Facharztzugang für die Betroffenen in Einrichtungen sehr eingeschränkt.

Oder wie werden Anschlussheilbehandlungen z.B. im orthopädischen Bereich organisiert, (z.B. Lauftraining mit Unterarmgehstützen bei gleichzeitiger Benutzung des Blindenlangstockes)? Diese lebensnotwendigen Bedarfe werden nicht in der Planung und Durchführung von Maßnahmen berücksichtigt.

Die Begleitung von Betroffenen durch Blindenassistenzen wird in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen weder finanziell noch organisatorisch berücksichtigt.

Leistungsprofil der Landesgeschäftsstelle (LGS)

1. Mitgliederverwaltung

- Aktualisierung der Mitgliederdatei gemäß der Meldung aus den Kreisorganisationen über Ein- und Austritte sowie Verstorbene- in einer Access Datenbank
- Versand der Mitgliederlisten am Jahresende an die Kreisorganisationen zur Prüfung
- Aktualisieren der Tabelle DBSV Inform sowie monatliche Weiterleitung an DBSV
- Fertigen der Geburtstagslisten und Versenden von Geburtstagskarten für LVM und KO-Vorsitzende
- Erstellung von Urkunden für langjährige Mitgliedschaft
- Begleitung und Personentransport zum Besuch von Mitgliedern durch LVM
- Vorbereitung von Wahlunterlagen für Bund- Landes- und Kommunalwahlen in barrierefreier Form und Versand
- Führen des Post- Eingangs- Ausgangsbuches, digital barrierefrei
- Abwicklung von allgemeinem Schriftverkehr

2. Haushaltsplanung- Überwachung und Projektbegleitung

Haushaltsplanung

- Vorbereitung sowie Aufstellung der Haushaltsplanung für den BSVT
- Erarbeitung mittel- und längerfristiger Planungen in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand, den Kreisorganisationen, Fachgruppen und Beratungsstellen des BSVT

Haushaltsdurchführung

- Rechnungserstellung, auch unter Beachtung steuerrechtlicher Bestimmungen
- Vorbereitung von Verträgen bzw. Änderungen
- Erstellung von Aufträgen sowie der Annahme- bzw.

Auszahlungsanordnungen

- Veranlassung laufender Zahlungen
- Prüfung von Rechnungen auf sachliche und rechnerische Richtigkeit sowie der steuerlichen Anforderungen

Fördermittel

- Erstellung des Finanzierungsplanes
- Beantragung von Förderungen bei Bund, Land und Landkreisen
- Beantragung von Fördermitteln aus der Pauschal- und

Projektförderung

- Überwachung der finanziellen Mittel, Beantragung von Änderungen im Kosten- und Finanzierungsplan

- Erstellen von Projekt- bzw. Vorhabensbeschreibungen entsprechend der Vorgaben (z. B. Förderrichtlinie)
- Führung des Schriftverkehrs im Zusammenhang mit dem Antrags- und Bewilligungsverfahren
- Erstellung von Verwendungsnachweisen
- Mitwirkung bei der Abstimmung zur Finanzierung mit der jeweiligen Projektleitung

Administration der Internetseite des BSVT

- IT-Betreuung der Technik in der Landesgeschäftsstelle

Rechnungs- und Finanzwesen

- Finanzbuchhaltung der LGS und der Kreisorganisationen einschließlich Arbeits- und Fachgruppen sowie Lohnbuchhaltung,
- Belegkontrolle und Buchung der Kassen und Banken der Kreisorganisationen sowie Fertigung des Kassenberichtes zum Quartal und Jahresende
- Bußgeldverwaltung
- Abrechnung am Jahresanfang für das vergangene Kalenderjahr
- Mitteilung an Behörden über Eingänge bzw. keine Zahlungen
- Pflege der Bußgeldtabelle
- Abwicklung des gesamten Zahlungsverkehrs des BSVT,
- Führung der Handkasse,
- Controlling, Erstellung von Cash-flow Daten,
- sachliche/rechnerische Überprüfung der Eingangsrechnungen mit vorhanden Angeboten usw.,
- Beantragung und Abrechnung GfAW für die ÜBS,
- Führung der Personalakten aller Mitarbeitenden des BSVT,
- Vor- und Nachbereitung der Vorstandssitzungen,

4. Öffentlichkeitsarbeit

- •Bedarfsweise Begleitung und Betreuung von blinden Landesvorstandsmitgliedern an Landesvorstandssitzung, Landesausschusssitzungen und Landestagungen sowie bei Beratungen und Konferenzen
- Organisation und Durchführung von öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen, Fachveranstaltungen und weiterführenden Angeboten
- Protokollführung von Sitzungen
- Telefonverantwortung
- Begleitung und Betreuung von sehbehinderten und blinden Landesvorstandsmitgliedern auch mit eigenen Pkw auf der Basis des Thüringer Reisekostenrechts

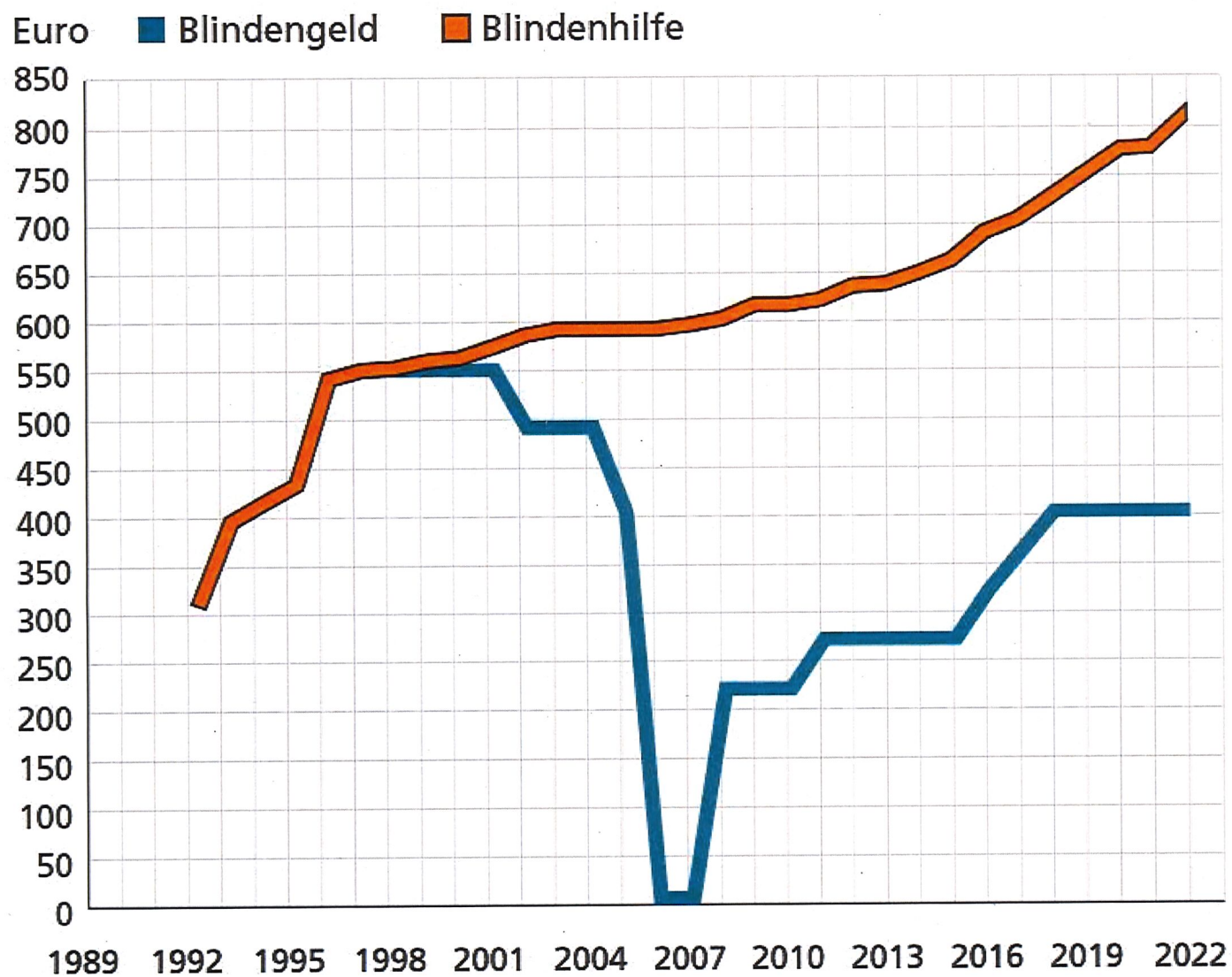
5. Allgemeine Büroarbeit

- Schriftverkehr:
 - a. Ausdrucken von Infopost und Rundschreiben, Informationen der Arbeits- und Fachgruppen Versand- barrierefrei
 - b. Verteilung von Emails aus den Dachverbänden, Anfragen = Bearbeitung von z. Bestellungen Broschüren etc. - barrierefrei.
 - c. Erstellung der Spendenbriefe als Serienbriefe aus der Spenderlistendatei sowie Pflege dieser (Adresskontrolle, Eintragen Spendeneingänge, Dankschreiben, Spendenbescheinigungen.)
 - d. Sammelbestellung von Broschüren des DBSV für die Kreisorganisationen und
 - e. Anmeldung LV zu Einladungen und Begleitung
 - f. Sonstige Schreiben
- Führen der Portokasse
- Rechnungen und Mahnungen
- Monatliche Abholung der Kontoauszüge der Banken
- Ausstellung von Spendenbescheinigungen
- Vorbereitung und Nachbereitung von Beratungen des Verbandes
- Versand der Einladungen für den Landesausschuss, Entgegennahme Teilnahme und Essenswünsche
- Erstellen eines Festlegungsprotokolls aus der Landesausschusssitzung und Landesvorstandssitzung
- Listensammlung: Terminmeldung an Thür. Landesverwaltungsamt, an alle Städte Sammelerlaubnis, Vorbereitung Büchsen und Listen + versenden an Kreisorganisationen, Endabrechnung an Landesverwaltungsamt

Weimar, den 10.03.2023

Joachim Leibiger
Landesvorsitzender

Entwicklung des Blindengeldes in Thüringen



<http://blindengeld.dbsv.org>

Angaben ohne Gewähr

DM-Beträge wurden in Euro umgerechnet. Unter der Grafik finden Sie die [Detailangaben in der tabellarischen Übersicht](#).

Tabellarische Übersicht - Vergleich von Blindengeld und Blindenhilfe in Thüringen seit 1989

Jahr	Blindenhilfe	Blindengeld	Jahr	Blindenhilfe	Blindengeld
1992	307	307	2015	654	270
1993	392	392	2016	682	320
1994	411	Info fehlt	2017	695	360
1995	429	Info fehlt	2018	717	400
1996	535	535	2019	740	400
1997	544	544	2020	765	400
1998	546	544	2021	765	400
1999	553	544	2022	806	400
2000	556	544			
2001	567	544			
2002	579	486			
2003	585	486			
2004	585	486			
2005	585	400			
2006	585	0			
2007	589	0			
2008	595	220			
2009	609	220			
2010	609	220			
2011	614	270			
2012	628	270			
2013	630	270			
2014	641	270			

Übersicht Landesblindengelder bundesweit Seite 1

"kleine Blindengeld" hochgradig sehbehindert

Bundesland	Blindengeld (Erwachsene)	Blindengeld (Minderjährige)	Blindenhilfe (ALG 2, Mind.)	Blindenhilfe (ALG 2, Erw.)		Pflegegrad 2	Pflegegrad 3 - 5	Heimbewohner
Baden-Württemberg	410,00 €	205,00 €	383,37 €	765,43 €				
Bayern	651,00 €	651,00 €	383,37 €	765,43 €	195,30 €	49,94 €	20,00 €	97,65 €
Berlin	612,34 €	612,34 €	383,37 €	765,43 €	153,09 €	76,55 €	76,55 €	76,55 €
Brandenburg	345,80 €	172,90 €	383,37 €	765,43 €				
Bremen	450,09 €	225,05 €	383,37 €	765,43 €				
Hamburg	582,97 €	582,97 €	383,37 €	765,43 €				
Hessen	658,27 €	383,73 €	383,37 €	765,43 €	197,48 €	95,73 €	71,58 €	65,38 €
Hessen								
Mecklenburg-Vorpommern	430,00 €	273,50 €	383,37 €	765,43 €	107,50 €	0,00 €	0,00 €	Leistungshöhe
Mecklenburg-Vorpommern								
Niedersachsen	375,00 €	375,00 €	383,37 €	765,43 €				
Nordrhein-Westfalen	765,43 €	383,37 €	383,37 €	765,43 €	77,00 €	77,00 €	77,00 €	77,00 €
Nordrhein-Westfalen	473,00 €							
Rheinland-Pfalz	410,00 €	205,00 €	383,37 €	765,43 €				
Saarland	438,00 €	293,00 €	383,37 €	765,43 €				
Sachsen	350,00 €	262,50 €	383,37 €	765,43 €	80,00 €	80,00 €	80,00 €	80,00 €
Sachsen-Anhalt	375,12 €	260,50 €	383,37 €	765,43 €	54,18 €	54,18 €	54,18 €	54,18 €
Schleswig-Holstein	300,00 €	200,00 €	383,37 €	765,43 €				
Thüringen	400,00 €	400,00 €	383,37 €	765,43 €				
Mittelwert	472,18 €	342,87 €	383,37 €	765,43 €				

Quelle: <https://www.dbsv.org/blindengeld.html>

Übersicht Landesblindengelder bundesweit Seite 2

Bundesland	mit zusätzlichen Höreinschränkungen					Blindengeld-Erwachsene			Blindengeld-Minderjährige			Anmerkungen
	blind und taub	hochgradig sehbehindert und taub	Pflegegrad 2	Pflegegrad 3 - 5	Heimbewohner	Pflegegrad 2	Pflegegrad 3 - 5	Heimbewohner	Pflegegrad 2	Pflegegrad 3 - 5	Heimbewohner	
Baden-Württemberg						264,64 €	230,15 €	205,00 €	132,32 €	115,08 €	102,50 €	4. und 5. Pfl. (kein BG)
Bayern	1.302,00 €	390,60 €	Blindengeld wird gekürzt			505,64 €	471,15 €	325,50 €	505,64 €	471,15 €	325,50 €	
Berlin	1.189,00 €		1.043,64 €	1.009,15 €	594,50 €	466,98 €	432,49 €	306,17 €	466,98 €	432,49 €	306,17 €	
Brandenburg						187,80 €	73,30 €	0,00 €	14,90 €	0,00 €	0,00 €	
Bremen						134,09 €	0,00 €	Leistung s-höhe	0,00 €	0,00 €	Leistungs höhe	
Hamburg						436,57 €	399,80 €	291,40 €	436,57 €	399,80 €	291,40 €	
Hessen						512,91 €	478,42 €	329,13 €	310,69 €	293,44 €	191,69 €	
Hessen												
Mecklenburg-Vorpommern						308,00 €	277,00 €	244,00 €	151,50 €	120,05 €	91,05 €	
Mecklenburg-Vorpommern												
Niedersachsen						240,00 €	210,00 €	187,50 €	240,00 €	210,00 €	187,50 €	bis 60 Jahre ab 60 Jahre
Nordrhein-Westfalen	77,00 €		77,00 €	77,00 €	77,00 €	594,79 €	607,38 €	382,72 €	383,74 €	383,73 €	191,66 €	
Nordrhein-Westfalen						302,36 €	314,95 €	236,50 €				
Rheinland-Pfalz						264,64 €	230,50 €	0,00 €	59,64 €	25,15 €	0,00 €	
Saarland						292,00 €	255,00 €	219,00 €	147,00 €	110,00 €	146,50 €	14. Jahre / 4. Pfl.
Sachsen						223,60 €	186,50 €	175,00 €	136,10 €	131,25 €	131,25 €	
Sachsen-Anhalt	54,18 €		54,18 €	54,18 €	54,18 €	229,76 €	195,27 €	187,56 €	115,14 €	115,14 €	130,25 €	
Schleswig-Holstein	400,00 €		200,00 €	200,00 €	200,00 €	173,60 €	82,00 €	150,00 €	136,80 €	91,00 €	100,00 €	
Thüringen	500,00 €		282,50 €	227,50 €	182,40 €	182,40 €	127,50 €	91,20 €	182,40 €	127,50 €	91,02 €	
Mittelwert						312,93 €	268,91 €	208,17 €	213,71 €	189,11 €	152,43 €	

Quelle: <https://www.dbsv.org/blindengeld.html>

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Anhörung zum Achten Gesetz zur Änderung des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 7/7463		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Evangelisches Büro Thüringen Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen	K.d.ö.R.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Augustinerstr. 10
	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Vertretung Kirchen beim Thüringer Landtag und der Thüringer Landesregierung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Begrüßung der beabsichtigten Erhöhung der Leistungen nach dem Sinnesbehindertengeldgesetzes und die Berücksichtigung des auszugleichenden Mehraufwandes bei der Einordnung dieser Beträge. Wie bereits in der Stellungnahme der Ev. Kirchen in Thür. zur letzten Änderung 2018 angemerkt, ist die Einbeziehung weiterer Personengruppen mit Sinnesbehinderungen bedenkenswert, wie z.B. der Personenkreis der Spätertaubten und der hochgradig Schwerhörigen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 23.05.2023	

Der Beauftragte
der Evangelischen Kirchen bei Landtag
und Landesregierung in Thüringen

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t
7/2593

zu Drs. 7/7463

OKR

Augustinerstraße 10 · 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und
Gleichstellung
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Evangelisches Büro Thüringen
Augustinerstraße 10 · 99084 Erfurt

Telefon: 0361 – 5 62 42 22

Fax: 0361 – 5 62 42 25

E-Mail: evangelisches.Buero@ebth.de

Datum
23.05.2023

Aktenzeichen

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom 20. März 2023

Anhörung zum Achten Gesetz zur Änderung des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung,

wir, die Evangelischen Kirche in Thüringen, bedanken uns herzlich für die Möglichkeit, zum vorliegenden Gesetzentwurf Stellung nehmen zu können.

Wir begrüßen die beabsichtigte Erhöhung der Leistungen nach dem Sinnesbehindertengeldgesetzes auf 136 Euro für gehörlose Menschen und 472 Euro für blinde Menschen angesichts der seit der letzten Anpassung eingetretenen Preisentwicklung ausdrücklich.

Gleichwohl ist im Kontext des auszugleichenden Mehraufwands zu berücksichtigen: Für gehörlose Menschen sind beispielsweise häufig Dolmetschdienste notwendig. Der übliche Honorarsatz für Gebärdensprachdolmetscher liegt zurzeit bei ca. 85 Euro je Stunde. An- und Abfahrt sind Teil der Arbeitszeit; Fahrtkosten kommen ebenfalls hinzu. Im Ergebnis ermöglicht somit die Leistung nach dem Sinnesbehindertengeldgesetz eine monatliche Inanspruchnahme eines Dolmetschdienstes. In den Gebieten abseits der größeren Thüringer Städte kommen häufig längere Anfahrtszeiten hinzu, sodass sich der Nutzen weiter relativiert. Schließlich steht dies unter der Voraussetzung der Verfügbarkeit von Dolmetschdiensten, was angesichts des Fachkräftemangels aktuell nur teilweise gegeben ist.

Wie bereits in unserer Stellungnahme zur letzten Änderung 2018 angemerkt, ist die Einbeziehung weiterer Personengruppen mit Sinnesbehinderungen bedenkenswert. Damals wurde richtigerweise der *Personenkreis der Spätertaubten* in den Anwendungsbereich des Gesetzes aufgenommen. Eine weitere Personengruppe sind die *hochgradig Schwerhörigen*, die ebenfalls auf Dolmetschdienste angewiesen sind. Hochgradig Schwerhörige, zu denen auch manche Cochlear-Implantat-Träger gehören, können lediglich Geräusche wahrnehmen, haben aber keine Chance, Sprache zu verstehen. Die Versorgungsämter stufen sie nicht als gehörlose Personen mit einem GdB 100 ein. Beispielhaft sind Dolmetschdienste für den Schwimmkurs eines Kindes mit CI notwendig, um die Teilnahme zu ermöglichen. In Nassbereichen sind Hörgeräte grundsätzlich verboten und selbst mit eingeschaltetem CI hätte das Kind in dem halligen Raum mit vielen anderen Kindern keine Möglichkeit auf Sprachverständnis gehabt.

Wir danken Ihnen für alle Bemühungen im Freistaat Thüringen, Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und Nachteile auszugleichen und bitten darum, die Personengruppe der hochgradig Schwerhörigen in den Empfängerkreis des Sinnesbehindertengeldgesetzes aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Oberkirchenrat

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes Gesetzentwurf der der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7463 -											
1	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d.h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn ja, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
2	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>AOK PLUS - Die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen.</td> <td>Körperschaft des öffentlichen Rechts.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Sternplatz 7</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>01067 Dresden</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	AOK PLUS - Die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen.	Körperschaft des öffentlichen Rechts.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Sternplatz 7	Postleitzahl, Ort	01067 Dresden
	Name	Organisationsform									
	AOK PLUS - Die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen.	Körperschaft des öffentlichen Rechts.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Sternplatz 7									
Postleitzahl, Ort	01067 Dresden										
3	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d.h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)										
4	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Die AOK PLUS ist eine regional geöffnete gesetzliche Krankenversicherung in Sachsen und Thüringen und versichert ca. 3,5 Millionen Versicherte.	
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die AOK PLUS unterstützt die Anpassung der Leistungen des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes und setzt sich für den Abbau von Barrieren im Alltag und im Speziellen im Gesundheitswesen ein.	
5	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 Thür BetrGG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Dresden, 24.05.2023	

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/2600

zu Drs. 7/7463



AOK PLUS · 01058 Dresden

Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit,
Gesundheit und Gleichstellung
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Bereich Kommunikation

Postanschrift: 01058 Dresden

Servicetelefon: 0800 1059000*

Telefax: 0800 1059002-104*

E-Mail: politik@plus.aok.de

Internet: plus.aok.de

Ihr/e GesprächspartnerIn

Durchwahl

Datum

25. Mai 2023

Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes

Ihre Zeichen: – Drs. 7/7463 - schriftlich

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Achten Gesetz zur Änderung des Thüringer Sinnesbehindertengesetzes – Drucksache 7/7463. Die AOK PLUS begrüßt die Gesetzesinitiative zur Anpassung der gewährten finanziellen Leistungen, mit dem Ziel einen Beitrag zum Ausgleich der mit einer Sinnesbehinderung einhergehenden Nachteile zu leisten und die gesellschaftliche Teilhabe zu fördern. Die deutliche Anhebung der Leistungen des Landes auf das durchschnittliche Leistungsniveau der Länder kann dabei einen wichtigen Beitrag leisten.

Inwiefern diese Leistungsanhebung aufgrund aktueller Kostensteigerungen ausreichend ist, können wir aus unserer Sicht nicht beurteilen. Die Anpassung der Leistungen bei Menschen mit Pflegegrad erachten wir als sachgerecht. Angesichts steigender Eigenanteile in der Pflege können die vorgesehenen Erhöhungen dabei helfen, Mehrbelastungen abzufedern.

Zu den weiteren Fragen können wir keine tiefere inhaltliche Bewertung abgeben. Die entsprechenden Fachverbände und Betroffenenengruppen können besser beurteilen, welche Maßnahmen zur Reduktion von Barrieren am besten geeignet sind. Die AOK PLUS setzt sich im Bereich des Gesundheitssystems für mehr Teilhabe und Inklusion ein, um unsere Versicherten bestmöglich zu versorgen und zu lotsen.

Freundliche Grüße

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes
Gesetzentwurf der der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/7463 -

1. Haben Sie sich als **juristische Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name

Organisationsform

Sozialverband
Volk Hessen - Thüringen

Geschäfts- oder Dienstadresse

Straße, Hausnummer (oder Postfach)

Gärtnerweg 3 ,

Postleitzahl, Ort

60322, Frankfurt am Main

2. Haben Sie sich als **natürliche Person** geäußert, d. h. als Privatperson?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)

Name

Vorname

☐ Geschäfts- oder Dienstadresse

☐ Wohnadresse

(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Landesvorsitzender des Udk Hessen-Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> Die Anhebung der Beiträge wird grundsätzlich begrüßt Die gewählte Höhe der Beitragserhöhung ist jedoch sachlich nicht nachvollziehbar Es wird außerdem eine Änderung bzw. Streichung des § 2 Absatz 3 angestrebt. 	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Wienhausen, 23.05.2023	

Thüringer Landtag
Ausschuss für Arbeit, Soziales,
Gesundheit und Gleichstellung
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/2601
zu Drs. 7/7463

SOZIALVERBAND

VdK

HESSEN-THÜRINGEN

Landesgeschäftsstelle

Gärtnerweg 3
60322 Frankfurt am Main
Telefon: 069 714002-0

Landesvorsitzender

Ihre Ansprechpartnerin:

23

Frankfurt, .05.2023

**Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes –
Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN – Drucksache 7/7463**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu können und regen folgende Änderungen an:

Zu Artikel 1 – Anhebung des Sinnesbehindertengeldes

Der Sozialverband VdK Hessen-Thüringen begrüßt die Anhebung der Beiträge und hält diese angesichts der Inflation und steigender Kosten für unbedingt notwendig.

Aber auch nach der Anhebung liegen die vorgesehenen Beträge noch unterhalb der Leistungen anderer Bundesländer. So sieht Hessen beispielsweise aktuell ein Blindengeld von monatlich 693,50 EURO (86 % der Blindenhilfe nach § 72 Sozialgesetzbuch Teil XII (SGB XII), ein Gehörlosengeld von 150 Euro und ein Taubblindengeld von 1.387 Euro vor.

Auch wenn die Erhöhung zu begrüßen ist, ist die gewählte Höhe nicht sachlich nachzuvollziehen. In der Gesetzesbegründung wird ausgeführt, dass sich die Höhe des Sinnesbehindertengeldes für blinde Menschen auf den Betrag angehoben wird, welcher dem Durchschnitt aus vergleichbaren Leistungen der Länder entspricht. Die Erhöhung des Betrags für taubblinde sowie gehörlose Menschen wird nicht näher ausgeführt.

Wünschenswert wäre ein Bezug zu empirisch ermittelten Bedarfen, die die Höhe der tatsächlichen behinderungsbedingten Mehraufwände abbilden. Angesichts der Tatsache, dass andere Länder deutlich höhere Beträge auszahlen, kann nicht von einer ausreichenden und den tatsächlichen Bedarfen entsprechenden Erhöhung ausgegangen werden.

Zudem wird eine Dynamisierung der Beträge in Anlehnung an die Blindenhilfe angeregt. Gemäß § 72 II SGB XII verändert sich die Blindenhilfe jeweils zu dem Zeitpunkt und in dem Umfang, wie sich der aktuelle Rentenwert in der gesetzlichen Rentenversicherung verändert. Hessen berechnet das Blinden- und Gehörlosengeld prozentual an der Blindenhilfe.

Stationäre Einrichtung gemäß § 2 Absatz 3

Der VdK regt zudem eine Änderung bzw. Streichung des § 2 Absatz 3 an. Dieser sieht eine Kürzung des Sinnesbehindertengeldes vor, sofern die Betroffenen in einer stationären Einrichtung leben. Zwar wird in der Begründung ausgeführt, dass es sich hierbei nur noch um Einrichtungen der Altenpflege handelt und besondere Wohnformen für Menschen mit Behinderung aufgrund der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes nicht mehr unter den Begriff einer Einrichtung fallen.

Damit wird jedoch die Gewährung der Höhe des Sinnesbehindertengeld weiterhin vom Wohnort – in diesem Falle Pflegeheim – abhängig gemacht.

Das Sinnesbehindertengeld stellt aber einen Ausgleich für die durch die Sinnesbehinderung bedingten Mehraufwendungen dar (§ 1). Diese haben auch Personen, die in stationären Pflegeeinrichtungen leben, zumal es sich hierbei gerade nicht um spezielle Einrichtungen für sinnesgeschädigte Menschen handelt. So stellt das Sinnesbehindertengeld beispielsweise für Gehörlose einen wichtigen Beitrag zur Kommunikation des Gehörlosen dar. Dies betrifft sowohl die Kommunikation mit Personen, die innerhalb als auch außerhalb der Einrichtung leben. Die Kürzung des Sinnesbehindertengeldes widerspricht dem Gedanken der Teilhabe und ist insofern zu streichen.

Wir bitten Sie, unsere Änderungsvorschläge zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Landesvorsitzender

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetz - Drucksache 7/7463 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.</td> <td style="border: none;">Eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Arnstädter Straße 50</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">99096, Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.	Eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Straße 50	Postleitzahl, Ort	99096, Erfurt
	Name	Organisationsform									
	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.	Eingetragener Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Straße 50									
Postleitzahl, Ort	99096, Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)</small>										
	Interessenvertretung der Verbände der gemeinnützigen Wohlfahrtspflege										
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20px;"><input type="checkbox"/></td> <td>befürwortet,</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/></td> <td>abgelehnt,</td> </tr> <tr> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> <td>ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?</td> </tr> </table>	<input type="checkbox"/>	befürwortet,	<input type="checkbox"/>	abgelehnt,	<input checked="" type="checkbox"/>	ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?				
<input type="checkbox"/>	befürwortet,										
<input type="checkbox"/>	abgelehnt,										
<input checked="" type="checkbox"/>	ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?										
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!										

	(§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG) Grundsätzlich anerkennen wir das Bemühen, die mit dem Sinnesbehindertengeld umfassten Nachteilsausgleiche für blinde, taubblinde und gehörlose Menschen anzupassen. So werden die Erhöhungen richtigerweise auch damit begründet, dass die behinderungsbedingten Mehraufwendungen infolge der Inflationsentwicklung gestiegen sind. Allerdings: Spätestens im kommenden Jahr spiegeln die 478 € nicht den realen Kostenanstieg wider. Angesichts der derzeit rasanten Kostensteigerungen, die nicht noch mehr zu Lasten der Menschen mit Behinderungen gehen können, schlagen wir einen Mechanismus zur Anpassung vor.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	<input type="checkbox"/> per Brief
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, der 25.04.2023	



LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.
Arnstädter Str. 50, 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und
Gleichstellung
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

- ausschließlich per E-Mail -

Ihr Schreiben vom/Ihre Zeichen

unsere Zeichen

Geschäftsstelle

**LIGA der Freien Wohlfahrtspflege
in Thüringen e.V.**
Arnstädter Str. 50
(Eingang Humboldtstraße)
99096 Erfurt

E-Mail: info@liga-thueringen.de
Internet: www.liga-thueringen.de
Telefon: (0361) 511499-0

Thüringer Landtag
Zuschrift

7/2602

zu Drs. 7/7463

Erfurt,
25.05.2023

**Stellungnahme der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen zu dem
Beratungsgegenstand Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer
Sinnesbehindertengeldgesetz**

- Drucksache 7/7463 -

Sehr geehrte Damen und Herren,

die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege dankt Ihnen für die Möglichkeit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme im Rahmen des Anhörungsverfahrens.

Grundsätzlich anerkennen wir das Bemühen, die mit dem Sinnesbehindertengeld umfassten Nachteilsausgleiche für blinde, taubblinde und gehörlose Menschen anzupassen. So werden die Erhöhungen richtigerweise auch damit begründet, dass die behinderungsbedingten Mehraufwendungen infolge der Inflationsentwicklung gestiegen sind.

Das Gehörlosengeld in Thüringen beträgt seit Juli 2017, also seit fast 6 Jahren, unverändert 100 €, das Blindengeld seit Juli 2018, also seit immerhin 5 Jahren, unverändert 400 €. Das Taubblindengeld somit seit diesem Zeitraum 500 €.

Mit dem Gesetzentwurf wird angestrebt, das Blindengeld so zu erhöhen, dass es im bundesweiten Durchschnitt liegt. Diese Herangehensweise löst sich von den tatsächlichen Bedarfen von blinden Menschen, deren Blindengeld in Thüringen hinter den Erfordernissen schon lange zurückbleibt. Sie löst sich auch von den faktischen Entwicklungen und legt nicht die inflationsbedingten Kostensteigerungen zugrunde. Nach unserer Kenntnis beträgt die Inflationsentwicklung im Zeitraum 2018 bis einschl. 2023 18,55 %. Die Erhöhung des Blindengeldes käme diesem Betrag – zum Stand heute – nahe. Allerdings: Spätestens im kommenden Jahr spiegeln die 478 € nicht den realen Kostenanstieg wider.

Angesichts der derzeit rasanten Kostensteigerungen, die nicht noch mehr zu Lasten der Menschen mit Behinderungen gehen können, schlagen wir einen Mechanismus zur Anpassung

vor: Entweder indem das Gesetz vorsieht, die Beträge zu einem Stichtag X jährlich auf Basis der Inflationsentwicklung „automatisch“ zu dynamisieren oder indem das Gesetz gestaffelte Erhöhungen für zwei Jahre verbindlich vorsieht.

Was die konkreten Bedarfe für eine höhere Anpassung der Nachteilsausgleiche anbelangt, verweisen wir auf die Einlassungen der Menschen mit Behinderungen im Vorfeld und in diesem Stellungnahmeverfahren. So legt zum Beispiel die gemeinsame Stellungnahme des Landesverbandes der Gehörlosen, des Gehörlosensportverbandes und der Billing e.V. eindrucksvoll die immense Bedeutung dieses Nachteilsausgleichs für gehörlose Menschen dar. Gleichzeitig wird deutlich, dass auch ein auf 136 € erhöhtes Gehörlosengeld bei Weitem nicht ausreichend ist. Insoweit halten wir – neben dem Ausgleich der inflationsbedingt gestiegenen Mehraufwendungen für den Nachteilsausgleich – auch eine grundsätzliche Anpassung des Gehörlosengeldes an die realen Bedarfe für erforderlich. Wir plädieren insofern für eine Anpassung des Gehörlosengeldes in Höhe der Anpassung des Blindengeldes.

Die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Sinnesbehinderung braucht einen fundierten finanziellen Sockel, der nicht durch die Inflationsentwicklung jährlich abgeschmolzen werden darf. Die bislang fünf bis sechsjährigen Laufzeiten des Sinnesbehindertengeldes erweisen sich für die Teilhabemöglichkeiten von blinden, gehörlosen und taubblinden Menschen als kontraproduktiv und sollten dringend in der o. g. Weise neu geregelt werden.

Als positive, zum BTHG folgerichtige, Klarstellung erachten wir den Hinweis zu § 2 Absatz 3, wonach anspruchsberechtigte Menschen mit Behinderungen, die in einer besonderen Wohnform leben, den vollen und nicht den reduzierten Anspruch auf Sinnesbehindertengeld geltend machen können.

Für Rückfragen und Erläuterungen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

Anlage 2

Formblatt zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentations veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut lesbar ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes
Gesetzentwurf der der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/7463 -

1. Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann Weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann Weiter mit Frage 3.)

Name	Organisationsform
LIGA der politischen Interessen und Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen in Thüringen	e. V.
Geschäfts- oder Dienstadresse	Anger 19/20
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	↓
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt

2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)

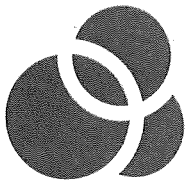
Name	Vorname
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteiligungG)	
	Interessenvertretung von Menschen mit Behinderung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher:	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. Änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteiligungG)	
	- Befürwortung einer Erhöhung - Änderungswunsch in Höhe des Betrags - Anpassung der Steigerung auch für Hörgeschädigte - umfangreiche Beantwortung Fragenkatalog	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteiligungG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteiligungG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBemHGO)	
<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
EF, 28.05.2023	



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

LIGA Selbstvertretung Thüringen e.V. • Anger 19/20 • 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und
Gleichstellung
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
26.05.2023 07:37

14240/2023

LIGA der politischen Interessen- und
Selbstvertretung von Menschen mit
Behinderungen in Thüringen e.V.

Anger 19/20
99084 Erfurt
Tel.: 0361 55068700
Fax: 0361 55068701
E-Mail: info@selbstvertretung-thueringen.de

Erfurt, den 25.05.2023

Stellungnahme „Achstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Sinnesbehinderten- geldgesetzes“

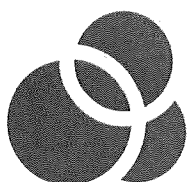
Sehr geehrte Frau Vorsitzende Dr. Klisch,
sehr geehrte Ausschussmitglieder,

vielen Dank für die Möglichkeit einer schriftlichen Stellungnahme zum oben genannten
Gesetzentwurf. Sehr gern möchten wir als Dachverband der politischen Interessenver-
tretung von Menschen mit Behinderung hierzu Stellung nehmen.

Nachdem das Sinnesbehindertengeld seit fast 5 Jahren nicht mehr angepasst wurde,
erachten wir es als angemessen, sich diesem Thema erneut zu widmen. Insbesondere
die steigende Inflation und die damit einhergehende Kaufkraftminderung machen eine
Anpassung dringend notwendig.

Dabei begrüßen wir zwar grundsätzlich die Erhöhung von 72€ und damit eine Anpas-
sung an den Bundesdurchschnitt. Jedoch möchten wir darauf hinweisen, dass der Bun-
desdurchschnitt insbesondere durch teils niedrige Werte in einigen Bundesländern im-
mens gedrückt wird. Mit Bundesländern wie Schleswig-Holstein, die derzeit 300€ an
Landesblindengeld¹ ausreichen, wird der Durchschnittswert insgesamt gedrückt. Trotz
dieses geringen Wertes liegt allein der Durchschnitt in den „alten“ Bundesländern bei
525,38€. Dies könnte ebenso Orientierungspunkt sein, wie Nordrhein-Westfalen, wo

¹ <https://www.dbsv.org/blindengeld-in-schleswig-holstein.html>



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

monatlich 806,40€² gezahlt werden. Auch andere Bundesländer zahlen ein Sinnesbehindertengeld für blinde Menschen von mehr als 600€. Daher würden wir es begrüßen, wenn sich Thüringen an dem Wert von 600€ orientiert. Damit würde man nicht nur ein positives Signal an die anderen Bundesländer senden, sondern es sprechen auch tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass die Erhöhung insgesamt zu gering ausfällt. Auf diese wird später noch eingegangen. Ebenso sehen wir die Erhöhung für gehörlose Betroffene als zu gering an. Diese sollte sich analog zu dem Sinnesbehindertengeld für blinde Menschen erhöhen. Die Inklusion gehörloser Menschen in Thüringen ist eine Grundvoraussetzung für die in der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen und dem ThürGIG verankerte Teilhabe am Leben.

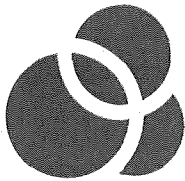
Ob gehörlose Menschen allein leben, in Familie oder einer Einrichtung - ihre soziale Situation sowie das Maß von gelebter Selbstbestimmung und Teilhabe ist auch abhängig von den zur Verfügung gestellten Rahmenbedingungen und dazu gehört das Sinnesbehindertengeld.

Die Liste an Mehrkosten, die gehörlosen Menschen eine selbstbestimmte Lebensführung ermöglichen, geht weit über die von den Koalitionsparteien DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagenen Erhöhung um 36€ hinaus.

Das Sinnesbehindertengeld für Gehörlose wird nicht nur zur Kompensation von Mehraufwendungen auf Grund von Entgelten und Sachmitteln benötigt. Es dient auch dazu, notwendige niedrigschwellige Unterstützungsleistungen im Alltag (z.B. Ehrenamt und Nachbarschaftshilfe) als Aufwandsentschädigung zu begleichen. Zudem ermöglicht das Gehörlosengeld gehörlosen Menschen, situativ reagieren zu können, während derzeitige Leistungen wie laut Sozialgesetzbüchern oder ThürGIG teilweise langwierige Antragsprozesse nach sich ziehen und nur temporär gewährt werden. Das Gehörlosengeld ist für die Betroffenen ein Kernbaustein der sozialen Teilhabeleistungen, dass die Thüringische Landesregierung mit den Vorhabezielen der UN-Behindertenrechtskonvention, der Sozialgesetzbücher und des ThürGIG auskömmlich gestalten muss.

Laut Thüringer Landesamt für Statistik (2021) gibt es 10510 Betroffene von Blindheit oder Sehbehinderung, 964 Betroffene mit Taubheit und weitere 449 taube Betroffene kombiniert mit Störungen der Sprachentwicklung. Davon sind 138 taube Menschen im Kinder- und Jugendalter (bis 25 Jahre alt) und 705 im Seniorenalter (ab 60 Jahre alt). Durch das Netzwerk Hörbedarf Bayern wurde im Rahmen einer erhobenen Umfrage ein Mehrbedarf monatlich ohne Dolmetscherkosten von 210€ festgestellt.

² <https://www.dbsv.org/blindengeld-in-nordrhein-westfalen.html>



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

Im Folgenden wollen wir Ihnen unsere Anmerkungen zu einzelnen Absätzen des Gesetzes darlegen.

Artikel 1

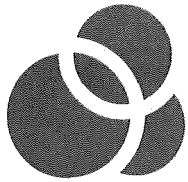
§2, a und b)

Wie vorher schon beschrieben plädieren wir für eine Anhebung des Betrages, der sich nicht nur am Bundesdurchschnitt orientiert, sondern mit einer deutlicheren Steigerung eine entsprechende Signalwirkung entfaltet. Wir schlagen 600€ als monatlichen Betrag vor.

§2, c)

Die Senkung des Sinnesbehindertengeldes für Menschen, die in stationären Einrichtungen leben, können wir zwar der Begründung entnehmen, teilen diese aber nur bedingt. Ziel des Bundesteilhabegesetzes und der UN-Behindertenrechtskonvention ist die volle Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Der Begründung nach erhalten Menschen mit den entsprechenden Behinderungen die Leistungen zur Teilhabe durch die stationären Angebote. Hier wäre zu prüfen, inwieweit die persönlichen Wünsche der Betroffenen in den stationären Einrichtungen tatsächlich umgesetzt werden. Dem Ansatz dieses Gesetzes nach müsste in stationären Einrichtungen jedem von Blindheit Betroffenen Leistungen in Höhe von monatlich 364,38€ zur Minderung seiner behinderungsbedingten Einschränkungen erbracht werden. Wenn dies so wäre, müssten folglich die Anbieter der ambulanten Leistungen diesen Betrag für ihre entstehenden Mehraufwendungen einsetzen, um eine gleichberechtigte Teilhabe der von Blindheit Betroffenen zu ermöglichen. Dies scheint insbesondere vor dem Hintergrund von Artikel 1, §2 d) dieses Gesetzentwurfes mehr als fraglich, denn auch Menschen, die eine Freiheitsstrafe verbüßen erhalten den gleichen Betrag. Konsequenterweise muss man davon ausgehen, dass Menschen in ambulanten Einrichtungen die gleichen Entfaltungsmöglichkeiten besitzen wie Menschen, die in einer freiheitseinschränkenden Einrichtung leben. Daher sollte dieser oder der in 2 d) aufgeführte Betrag überdacht werden.

Zum Fragenkatalog in Anlage 3:

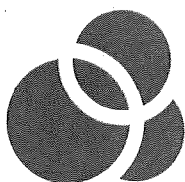


LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

1. Nein, wir halten den Betrag nicht für ausreichend, sondern plädieren für eine Anhebung auf 600€ für Blinde und analog eine Erhöhung von 200€ für Gehörlose. Nicht nur mit der derzeitigen Inflation, sondern auch mit dem technischen Fortschritt sind teils immense Preissteigerungen verbunden. So haben sich beispielsweise die Preise für Taxifahrten in Erfurt vom Vorjahr zu diesem, um 17% bis 30% erhöht.³ Gerade blinde Menschen sind auf diese Mobilitätsart angewiesen, weil ihnen Orientierungen in fremden Umgebungen oder aufgrund von Bausituationen öfter fehlen. Auch technische Hilfsmittel zur besseren Teilhabe sind in den Anschaffungskosten deutlich gestiegen. So sind Smartphones teils deutlich teurer geworden. Dabei sind diese für blinde Menschen nicht nur ein Luxusgut, sondern ein alltagserleichterndes Hilfsmittel. Nach wie vor müssen gehörlose Menschen auch in vielen Bereichen der Alltagsbewältigung und sozialen Teilhabe behinderungsbedingte Mehrkosten auf sich nehmen, die jedoch durch Nachteilsausgleiche über die derzeitigen gesetzlichen Rahmenbedingungen von staatlichen Kostenträgern oder von Sozialversicherungsträgern nicht gedeckt sind. Ein Ausfall des Hörsinnes wirkt sich nachteilig auf die Bereiche der Informationsaufnahme, Orientierung, Mobilität und Teilhabe aus. Dies führt bei gehörlosen Menschen oft auch zu einem Informationsdefizit und einer Verunsicherung in allen wesentlichen Lebenslagen. Dabei sind die konkreten Lebensumstände und Anforderungen sowie der Grad von deren Bewältigung höchst verschieden. Diese verursachen einen Mehraufwand an Unterstützungsleistungen mit höheren persönlichen und finanziellen Aufwendungen wie z.B. personelle und technische Kommunikationshilfen, Hilfen zur visuellen Wahrnehmung und guter Raumakustik etc. Hinzu kommen besondere mit erheblichen Folgekosten verbundene Versorgungsprobleme im ländlichen Raum, die daraus resultieren, dass Thüringen ein Flächenland ist. Es fehlt für die Betroffenen an wohnortnah erreichbaren Beratungsstellen, Einrichtungen der nicht-medizinischen Versorgung, des Dienstleistungsbereichs, Bildungsstätten sowie Angebote in den Bereichen Sport, Kultur und Freizeitgestaltung. Gehörlose Menschen, die mittels Gebärdensprache kommunizieren, müssen oft weitere Wege in Kauf nehmen, um barrierefreie Angebote nutzen zu können.
2. Neben den reinen Geldleistungen sollten auch weitergehende Aspekte einbezogen werden. Grundsätzlich stellt sich immer die Frage, wie eine gleichberechtigte Teilhabe gelingen kann. Dies erstreckt sich von der sozialen Teilhabe durch

³ <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/weimar-saalfeld-erfurt-rudolstadt-taxi-fahren-preise-100.html>



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

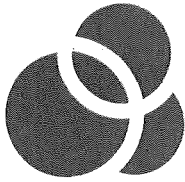
Urlaub, Sport und Kulturangebote über die Entwicklung und Bereitstellung von Smart-Home-Angeboten. Die in diesen Bereichen positiven Entwicklungen erfordern aber auch regelmäßige Updates bzw. Erneuerung, weil Updates nicht mehr verfügbar sind.

Dazu würde aber auch die Möglichkeit von Reisen zählen, die sowohl für allein-stehende blinde Menschen ohne eine dauerhafte Begleitung kaum in Anspruch zu nehmen ist als auch für Familien, die bei Reisen und Freizeitangeboten auf besondere Einrichtungen angewiesen sind oder auch hier Begleitung brauchen. Dabei sind Reisen als Erholungsaktivität auch Bestandteil der UN-BRK, wie im Artikel 30 dezidiert festgeschrieben ist.

3. Der umfängliche Abbau von Barrieren ist Grundvoraussetzung für eine inklusive Gesellschaft und Teilhabe. Dabei sind Barrieren immer individuell zu betrachten und zu bewerten. Generell sollte ein Fokus auf universelles Design gelegt werden, die Produkte, Dienstleistungen, Bauten etc. derart konzipieren, so dass sie möglichst ohne fremde Hilfe in Anspruch genommen werden können. Verfolgt man diesen Ansatz, ist man zwingend auf die unterschiedlichen Sichtweisen der Betroffenen angewiesen und muss diese durch eine konsequente Einbeziehung von Peers umsetzen. Wird das universelle Design vor der Etablierung neuer Angebote geprüft und angewendet, ermöglicht dies eine deutlich verbesserte selbstbestimmte Teilhabe nicht nur von Menschen mit Behinderungen, sondern reduziert auch Folgekosten durch Vermeidung oder Reduzierung von Hilfsmitteln.

Wir bitten auch um Überprüfung, ob es jährlich regelmäßig wirklich notwendig ist, dass sinnesbehinderte Menschen die Lebens- und Aufenthaltsbescheinigung neu einreichen müssen, damit das Sinnesbehindertengeld weitergezahlt wird. Diese ist für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen diskriminierend und beschwerlich, nur damit z.B. nachgewiesen wird, ob sie privat wohnen, stationär untergebracht sind oder ob sie einen anderen Pflegegrad mittlerweile haben. In jeden anderen Antrag wird auch darauf hingewiesen, dass der Antragsteller Änderungen mitteilen muss. Folglich besteht bereits die Verpflichtung zu Aktualisierung der Angaben.

4. Würde man einen weiten Bogen spannen ist Grundvoraussetzung eine inklusive Gesellschaft, die die Vielfalt von Menschen als Bereicherung auffasst. So lange Vorurteile gegenüber Menschen mit Behinderungen existieren und diese in

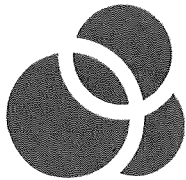


LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

Parallelgesellschaften leben und damit kein Bestandteil des täglichen Lebens sind, ist eine Teilhabe am Vereinsleben immer mit Schwierigkeiten verbunden. Den Bogen etwas enger gespannt sind Dolmetscherleistungen immer notwendig, um sich engagieren zu können. Wie man nicht nur zum Saisonfinale der Bundesliga gespannt der Konferenzschaltung der ARD zuhören kann, wäre dies ebenso für andere Veranstaltungen notwendig. Dies geht von der Gemeinderatssitzung bis hin zur Vorstandssitzung des Kleintierzüchtervereins. Da insbesondere kleine Vereine dies meist finanziell nicht leisten können, wären hier Fördermittel notwendig. Dabei wäre auch die Bereitstellung von barrierefreien Dokumenten oder deren Übersetzung notwendig wie ebenso förderwürdig. Es muss ein barrierefreier Zugang zu allen öffentlichen Gebäuden und Vereinslokalitäten ermöglicht werden. Das beim Thema Barrierefreiheit großer Nachholbedarf besteht, zeigt ja sehr eindrücklich das Förderprogramm des TLMB, das in kürzester Zeit seine Kapazitätsgrenzen erreicht. Hier wäre eine Verstetigung bei höherem Volumen ein wichtiger Schritt.

5. –
6. Eine pauschale Antwort ist uns nicht möglich. Beispielsweise ist es für einen Menschen mit Elektrorollstuhl kaum möglich, Veranstaltungen zu späteren Stunden außerhalb des Wohnumfelds aufzusuchen, da es keine geeigneten Fahrdienste gibt, die für einen Rücktransport in Frage kämen. An den Mobilitätsservice der Deutschen Bahn sei hier erinnert. Ohne eine Übernachtung ist dies also nicht zu realisieren. Menschen mit Mobilitätseinschränkungen haben oft nicht die Wahl, zu Fuß zu gehen, sondern sind auf Verkehrsmittel, ob öffentlich oder privat zwingend angewiesen und müssen dies entsprechend auch finanzieren. Auch Menschen mit angeborener oder erworbener Immunschwäche sind zusätzlichen Kosten ausgesetzt, die sie nicht erstattet bekommen. Sei es, dass sie aufgrund eines erhöhten Infektrisikos öffentliche Verkehrsmittel meiden, dass sie besondere Nahrung benötigen, sich besonders vor Sonne schützen müssen usw. Dies soll nur exemplarisch verdeutlichen, dass Menschen mit Behinderungen oft auch vor finanzielle Herausforderungen gestellt werden, die sie aus eigener Tasche kompensieren müssen.
7. Solche Fälle wurden an uns bisher nicht herangetragen.



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

8. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind nach wie vor große Herausforderungen, die oft an einer barrierefreien Umgebung scheitern. So sind Aufsteller im öffentlichen Raum, wie beispielsweise Werbeschilder oder die Außenbestuhlung gastronomischer Einrichtungen für blinde Menschen eine Gefahrenquelle, die Unfälle verursachen und damit auch Ängste schüren können. Auch falsch geparkte Autos, Lastenräder aufgrund ihrer größeren Ausdehnung oder E-Scooter Hindernisse. Hier braucht es zum einen konsequentes Vorgehen gegen Falschparker, aber auch abgegrenzte Abstellmöglichkeiten für E-Scooter und Lastenräder. Fahrzeuge mit Elektroantrieb sind überdies für blinde Menschen nur schwer oder gar nicht wahrnehmbar und damit eine potenzielle Gefahrenquelle. Der größte Nachholbedarf, der aber kaum gesetzlich zu regeln ist, liegt aber in der Sensibilität der Bevölkerung für die Belange von Menschen mit Behinderungen.
9. Das Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen muss konsequent umgesetzt werden. Hier sind wesentliche Punkte, wie die Herstellung von Barrierefreiheit, das Recht auf Gebärdensprache und die Gestaltung von Bescheiden und Vordrucken bereits thematisiert. Hier müssen alle öffentlichen Stellen angehalten werden, dies auch umzusetzen.

Sehr geehrte Abgeordnete,

grundsätzlich begrüßen wir eine Anpassung des Sinnesbehindertengeldes, halten aber einen deutlich größeren Aufwuchs für zwingend notwendig. Wir hoffen, dass Sie dies unseren Schilderungen entnehmen konnten und es in Ihre parlamentarische Beratung einfließen lassen.

Für Rückfragen oder eine mündliche Anhörung stehen wir Ihnen selbstverständlich gern zur Verfügung!

Mit freundlichen Grüßen

(Sprecherin)

(Sprecherin)

(Geschäftsstellenleiter)

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Sinnesbehindertengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7463 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen</td> <td>KdöR</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Herrmannsplatz 9</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	KdöR	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	KdöR									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</small>											
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Vertretung der Katholischen Kirche beim Thüringer Landtag und der Thüringer Landesregierung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Erhöhungssätze werden als nicht ausreichend betrachtet; Vorschlag einer Dynamisierung; Vorschlag der Aufnahme weiterer Betroffenenengruppen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 25.05.2023	

THÜR. LANDTAG POST
25.05.2023 16:40

142201/2023

KATHOLISCHES BÜRO ERFURT

Kommissariat der Bischöfe in Thüringen



Katholisches Büro | Postfach 800662 | 99032 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und
Gleichstellung
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes (Drs. 7/7463)

Sehr geehrte Ausschussmitglieder,

herzlichen Dank für die Möglichkeit, namens der Katholischen Kirche in Thüringen zu o.g. Regelungsvorhaben Stellung zu nehmen.

Grundsätzlich begrüßen wir die Anpassung der Sätze für blinde, taubblinde und gehörlose Menschen. Gleichzeitig dürfte klar sein, dass es sich hierbei zwar um einen positiven, letztlich aber eher symbolischen Schritt handelt. Zum einen bewirkt schon die bisherige Leistung keinen vollständigen Nachteilsausgleich, da die Kosten bspw. für Dolmetscherleistungen die Beträge schon bei kurzer Nutzung aufzehren. Zum anderen können die vorgesehenen Erhöhungen die tatsächlichen Kostenentwicklungen kaum vollständig ausgleichen. Somit dürften sich die finanziellen Spielräume der Betroffenen durch die vorgesehene Erhöhung leider nicht wirklich verbessern.

Diesem zweiten Aspekt könnte vorschlagsweise damit begegnet werden, indem im Gesetz eine angemessene jährliche Dynamisierung der Sätze vorgesehen wird.

Bedenkenswert erscheint uns ferner, auch die Personengruppen der Später-taubten und hochgradig Schwerhörigen in die Förderung aufgenommen werden. Sie erfüllen in der Regel nicht die Anspruchsvoraussetzungen für ein Sinnesbehindertengeld, sind im Alltag aber oft mit denselben Nachteilen konfrontiert. Hier ließe sich mit vergleichsweise überschaubaren Geldmitteln eine wirkliche Verbesserung der Lage der Betroffenen erzielen.

Schließlich möchte ich nochmals den von uns bereits im Rahmen der letzten Novelle 2018 eingebrachten Aspekt betonen, dass uns die Differenzierung zwischen den einzelnen Behinderungen (blind, gehörlos, taubblind) grundsätzlich diskussionswürdig erscheint. Sicherlich verursachen verschiedene Behinderungen auch verschieden hohe Mehrkosten. Dass dies jedoch die von diesem Gesetz erfassten Personengruppen der Fall ist, wird nicht nachgewiesen.

Bistum Erfurt
Bistum Dresden-Meißen
Bistum Fulda

Ordinariatsrat

Leiter

Anschrift:
Herrmannsplatz 9 | 99084 Erfurt

Diensträume:
Michaelshaus
Stiftsgasse 4a | 99084 Erfurt

Kontakt:
Telefon 0361 6572-214
Fax 0361 6572-217
E-Mail kath.buero@bistum-erfurt.de

Erfurt, den 24. Mai 2023

Gerade mit Blick auf die Notwendigkeit der Inanspruchnahme von kostenintensiven Dolmetscherleistungen durch gehörlose Personen scheint diese Differenzierung jedoch nicht sachgerecht.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich hoffe, diese Anmerkungen sind für Ihre weiteren Diskussionen hilfreich. Dem Gesetzgebungsverfahren wünsche ich gutes Gelingen.

Mit freundlichen Grüßen

Ordinariatsrat

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)